

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.30 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A 2 Flora 4933

Berlin, 26. Mai 1932 • 45. Jahrgang • Nr. **21**

Unsere Organisation in der Krisenzeit

II,

Das verflossene Jahr zeigte uns mit aller Deutlichkeit, daß die gewerkschaftliche Bewegung in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs keine Fortschritte machen kann. So ist auch unser Mitglieder-stand von Monat zu Monat zurückgegangen und am Jahresschluß 1931 verzeichnen wir 156 950 Verbandsmitglieder gegenüber 174 469 am Schlusse des Jahres 1930. Der Rückgang erstreckt sich auf alle Berufsgruppen nicht gleichmäßig, wo noch einigermaßen Beschäftigungsmöglichkeit bestand, ist er geringer als dort, wo die Kollegenschaft unter der Auswirkung der Wirtschaftskrise stärker leiden mußte.

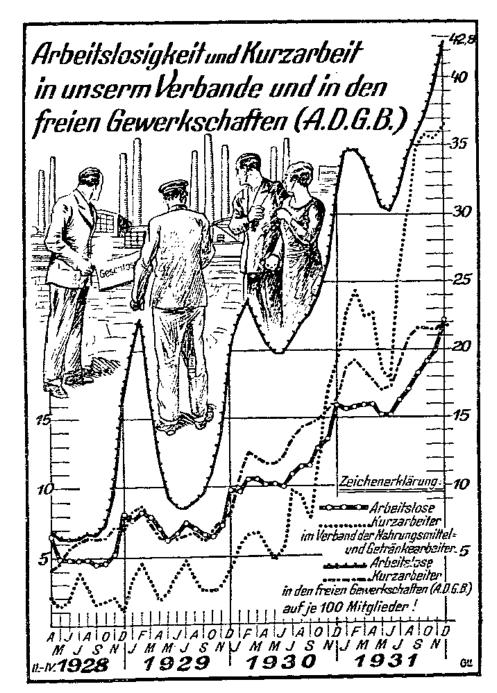
Unter den Verbandsmitgliedern befinden sich 26 892 weibliche Mitglieder und 6753 Jugendliche. Am Jahresanfang hingegen verzeichneten wir 33 293 weibliche und 8221 jugendliche Mitglieder. Wenn wir uns die ungeheuren Bemühungen der Unternehmerreaktion vergegenwärtigen und der in ihrem Solde stehenden Faschisten, sowie weiter die fortwährenden Bemühungen der RGO, zur Unterminierung der Gewerkschaften in dieser großen Krisenzeit in Betracht ziehen, so hat unsere Organisation trotz alledem in der Mitgliederbewegung gut abgeschnitten. Es wäre nicht zu verwundern, wenn die Verluste noch größer sein würden, da doch die Gewerkschaften im schärfsten Trommelfeuer ihrer Gegner standen. Der Mitgliederrückgang ist lediglich auf die große Arbeitslosigkeit, wodurch viele Tausende nicht gefestigte Verbandsmitglieder ihrer Organisation den Rücken kehrten, zurückzuführen.

Unsere Jugendbewegung, die in den ersten Jahren nach unserem Zusammenschluß prächtige Fortschritte aufweisen konnte, ist leider auch mit in den Strudel der Wirtschaftskrise gerissen worden. Immerhin ist aber hier ebenfalls zu verzeichnen, daß wir trotz alledem auch jetzt noch über einen starken Stamm jugendlicher Mitglieder verfügen. Wir haben noch 3050 Lehrlinge, wovon 1450 in Bäckereien, 89 in Konditoreien, 455 in Fleischereien, 637 in Brauereien, 37 in den Mühlen, 195 in Böttchereien, 133 in der Süßwarenindustrie und 54 in sonstigen Berufen beschäftigt sind, außerdem 1313 jugendliche Arbeiter und 2390 jugendliche Arbeiterinnen. Am Jahresschluß bestanden 104 Jugendabteilungen, die von 349 Jugendfunktionären betreut wurden.

Wenn auch die Werbetätigkeit nicht große Erfolge mit sich bringen konnte, so war doch die Aufklärungsarbeit bei der Jugend um so rühriger, wovon ganz besonders die Veranstaltungen zur fachlichen Ausbildung hervorgehoben werden müssen. Hierzu wurden 236 Einzelvorträge, 76 Lichtbildervorträge und 158 Betriebsbesichtigungen veranstaltet, das gewerkschaftliche Leben spielte sich in 643 Veranstaltungen ab, 413 Lese- und Diskussionsabende, 521 sonstige Versammlungen, 139 Lichtbilder-und Filmvorführungen, außerdem 1395 Spiel-, Unterhaltungs- und Heimabende. 414 sportliche Veranstaltungen, 644 Wanderungen, 40 Ferienfahrten, einige hundert Theater-, Konzert- und Museumsbesuche geben ein sehr aufschlußreiches Bild über die Tätigkeit in unseren Jugendabteilungen. Auch unsere Jugendbüchereien weisen bereits in 46 Orten 4054 Bände auf.

Wie in der Jugendbewegung, so kann festgestellt werden, daß im gesamten Verbandsgebiet im verflossenen Jahre eine rührige Tätigkeit zur Schulung und Bildung der Verbandsmitglieder stattgefunden hat. Diese Tatsachen geben uns die Hoffnung, daß unsere Organisation über einen tüchtigen Stamm überzeugter Kollegen und Kolleginnen verfügt und wir dadurch die sichere Gewähr haben, daß die Unternehmerreaktion mit ihren faschistischen Soldknechten uns nie zertrümmern kann.

Es liegt in der Natur der Sache, daß mit der Zunahme der wirtschaftlichen Verelendung der Arbeiterschaft an die Organisation hohe Anforde-



rungen hinsichtlich der Unterstützungsleistung herantraten. Gewaltige Summen mußten hierzu aus dem Verbandsvermögen aufgewendet werden.

Fast 6 Millionen Mark

wurden für Unterstützungszwecke aufgewendet; davon 2161798 Mk. für Erwerbslosenunterstützung, 898516 Mk. für Krankenunterstützung, 1754738 Mk. für Invalidenund Altersunterstützung, 273299 Mk. für Sterbeunterstützung.

Der neue, auf dem Hamburger Verbandstag eingeführte Unterstützungszweig, die Aussteuerunterstützung, erforderte an Ausgaben 22 606 Mk., für Rechtsschutz wurden aufgewendet 90 820 Mk.

Für Lohnbewegungen und Streiks 504000 Mk., die Sonderweihnachtsunterstützung an die arbeitslosen Mitglieder erforderte eine Aufwendung von 206062 Mk. Außerdem wurden noch beträchtliche Summen für Reise-, Umzugs- und Notfallunterstützung ausgegeben.

Wenn wir weiter hinzurechnen die hohen Summen, die unsere Verbandsfunktionäre mit Erfolg bei den Arbeitsgerichten an rückständigen oder einbehaltenen Tariflohn ausklagen konnten, so gehen die Beträge, die unseren Mitgliedern in Form von Unterstützung und Vertretungen bei den Arbeitsgerichten zugeführt werden konnten, weit über die hier angeführten Zahlen hinaus.

Noch nie hat sich der Wert der Organisation so augenfällig bewiesen wie im vergangenen Krisenjahr und viel mehr würde noch geleistet werden können, wenn auch jene große Anzahl der Berufsangehörigen ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung angehören würde, die an unseren Erfolgen wohl Anteil nehmen, aber interessenlos unserer Sache gegenüberstehen. Diese Tatsachen müssen alle Angriffe auf die freien Gewerkschaften zuschanden machen, denn der jüngste Arbeiter wird begreifen, daß der Anschluß an seine Gewerkschaft unbedingt notwendig ist. In allen Betrieben und bei allen Gelegenheiten muß diese Wahrheit bekanntgegeben werden. Unsere Berufskollegen würden eine schreckliche Leidenszeit durchmachen müssen, wenn keine Gewerkschaft für sie vorhanden wäre. Die große Hilfe, die allen unseren Berufsangehörigen direkt und indirekt durch die Organisation geleistet wurde, muß in der Folgezeit zu einer starken Steigerung unserer Mitgliederbewegung beitragen.

Darum Kolleginnen und Kollegen, tragt in alle Werkstätten, in alle Wohnungen unserer Berufsangehörigen das prächtige Ergebnis des solidarischen Zusammenhaltens hinein und beweist allen, wie dringend notwendig auch für sie die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation ist. Hammerschaften übernehmt die Führung dieser Werbeaktion!

Konferenz der Gauleiter

Am 18. Mai tagte der Verbandsvorstand mit den Gauleitern in Berlin. Die Tagung wurde mit den wichtigen Fragen über die Anstürme der Unternehmerorganisationen gegen die Tarifverträge, dem vom Reichsarbeitsminister geplanten Entwurf zur Einführung der 40-Stunden-Woche und unsere Einstellung zu den Bestrebungen der Nazi, Betriebszellen zu errichten, ausgefüllt. In unserer Tarifpolitik und den bestehenden Tarifverhandlungen wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, die den Verbandsfunktionären mitgeteilt werden.

Gegen die Einstellung der Regierung, bzw. des Reichsarbeitsministeriums, bei der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden nur solche Betriebe dazu zu verpflichten, die mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, sowie, daß nur einzelne Berufsgruppen für die 40-Stunden-Woche in Frage kommen, wurde einmütig scharfer Protest erhoben. Für viele unserer Berufsgruppen würde durch eine solche Verordnung überhaupt eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht in Frage kommen. Die Handwerksbetriebe würden fast ganz ausscheiden und die Sabotage gegen den 8-Stunden-Tag würde dort nach wie vor ungestraft weiter betrieben werden können. Auch müsse mit größtem Nachdruck von der Regierung gefordert werden, daß sie endlich die Reichstagsbeschlüsse zum Jugendschutz in die Tat umsetzt, es habe jedoch den Anschein, daß die Regierung nicht den Mut aufbringt, gegen die Unternehmerreaktion den Kampf durchzuführen. Die in den letzten Tagen erschienenen Mitteilungen in

bürgerlichen Zeitungen geben uns wenig Hoffnung, daß endlich von der Regierung mit Erfolg dem Riesenelend der Arbeitslosen entgegengetreten wird. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Vorstand und Gauleiter des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter haben in einer am 18. Mai 1932 stattgefundenen Konferenz u. a. erneut sich mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung beschäftigt und von dem Entwurf einer Verordnung zur Einschränkung der Arbeitszeit Kenntnis genommen. Es wurde mit größtem Befremden festgestellt, daß nach diesem Entwurf für die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrien lediglich die Mälzerei und Brauerei für die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit vorgesehen sind, obwohl für diese Industriegruppen durch die mühevolle Arbeit des Verbandes die 40 Stundenbzw. 5-Tage-Woche zum größten Teil durchgeführt ist.

Auf das entschiedenste protestiert die Konferenz gegen die Absicht der Regierung, die Arbeitszeitverkürzung nur für einzelne Gewerbezweige durchzuführen und die zahlreichen Klein- und handwerksmäßigen Betriebe von der Verkürzung der Arbeitszeit auszuschließen; sie fordert nachdrücklichst erneut eine gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens vierzig Stunden für alle Gewerbezweige, ohne Rücksicht auf die Zahl der in einzelnen Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Die Konferenz fordert eine baldige Regelung der Arbeitszeitfrage, um der katastrophalen Arbeitslosigkeit erfolgreich zu begegnen und eine Stärkung der Massenkaufkraft herbeizuführen.

Unsere Verbandsmitglieder müssen nunmehr in den Betrieben alles daransetzen, um nicht nur die bestehenden Tarifverträge zu schützen, sondern sich auch um die weitere Einschränkung der Arbeiterentlassungen bemühen und mit der Organisation für eine Verkürzung der Arbeitszeit wirken. Solange die Regierung nicht den Mut aufbringt, gegen das unbeschreibliche Elend den Kampf aufzunehmen, wird unsere Kollegenschaft aus eigener Kraft sich gegen die wirtschaftliche Verelendung schützen müssen.

Wochenschau

Nazi-Rollkommando im Reichstag. Die wenigen Sitzungstage des Reichstages begannen mit erfolgversprechenden sachlichen Auseinandersetzungen und endeten mit noch nie dagewesenen Schlägereien. Die Nazis haben einen ihnen nicht genehmen Journalisten, den Herausgeber einer antifaschistischen Korrespondenz, Dr. Klotz, zweimal überfallen und zu Boden geschlagen. Kapitänleutnant a. D. Dr. Kiotz war früher selbst Nazi und Spitzenkandidat in Baden. Für die Beteiligung am Hitler-Putsch erhielt er drei Monate Gefängnis. Die grenzenlose Demagogie der Nazis war für ihn Anlaß, aus dieser Partei auzuscheiden. Seitdem kämpfte er gegen den Sumpf in der Nazipartei. Er veröffentlichte u. a. die Briefe des homosexuellen SA.-Führers Röhm. Dies zog ihm den besonderen Zorn der Nazis zu. Vier Nazi-Abgeordnete, unter ihnen der wegen Fememordes zum Tode verurteilte, dann zu Zuchthaus begnadigte und mit kommunistischer Hilfe amnestierte Leutnant Heines, fielen im Reichstagsrestaurant über Dr. Klotz her. Am zweiten Ueberfall, der wenig später erfolgte, beteiligten sich etwa 50 Nazi-Abgeordnete. Durch das Schnellgericht wurden drei dieser Raufbolde zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil wurde sowohl von den Verurteilten als auch von dem Nebenkläger Dr. Klotz Berufung eingelegt.

Ueberfall auf Wels vor Gericht. Vor dem Kölner Schöffengericht verantworteten sich am Pfingstsonnabend der Reichstagsabgeordnete Ley mit seinem Kumpan Fuchs wegen des von ihnen organisierten Ueberfalls auf den Vorsitzenden der SPD. Wels und den Kölner Polizeipräsidenten Bauknecht. Dabei kam die ganze erbärmliche Feigheit dieser "Helden" zurage. Erst leugneten sie, dann entschuldigten sie sich mit Betrunkenheit. Verurteilt wurde Ley zu drei und Fuchs zu fünf Monaten Gefänonis

Mitgliedersperre im Reichsbanner. Die Bundesleitung des Reichsbanners ist im Besitz von Material, aus dem hervorgeht, daß bestimmte Kreise versuchen, Spitzel und Provokateure in das Reichsbanner zu entsenden. Obwohl das Reichsbanner nichts zu verbergen hat, ist angeordnet worden, keine Mitglieder mehr aufzunehmen und die in den letzten drei Monaten aufgenommenen Mitglieder genan zu beobachten. Organisator des Spitzeldienstes soll ein Redakteur der Hugenberg-Presse sein.

Reichstagsabgeordneter Kahl gestorben. Der Geheimrat Professor Dr. Kahl, Reichstagsabgeordneter
der Deutschen Volkspartei, ist am Pfingstsonnabend
im Alter von 83 Jahren gestorben. Kahl war
Rechtslehrer von Weltruf. Als Vorsitzender des
Strafrechtsausschusses wirkte er ausschlaggebend
an der Neugestaltung des Strafgesetzbuches mit.
Besondere Bedeutung erlangte sein Name im Kampf
um die Todesstrafe, die er früher befürwortete,
deren einflußreichster Gegner er aber im Laufe der
Zeit wurde.

Wahlen in Thüringen. Vom Innenministerium sind die Wahlen für den Landtag und den Gemeindeparlamenten auf den 4. Dezember festgesetzt

Grubenunglück auf Zeche Dorstield. Auf der Zeche Dorstfeld, die zur Gelsenkircher Bergwerks-A,-G, gehört, ereignete sich am Pfingstsonnabend ein schweres Förderkorbunglück. Es riß das Förderseil. Beide Körbe sausten in den 800 Meter tiefen Schacht, wobei fünf Bergleute getötet wurden. Das Seil ist am Tage vorher von Sachverständigen geprüft und für gut befunden worden.

Ministermord in Japan. In der japanischen Hauptstadt Tokio wurde am Pfingstsonntag auf den Ministerpräsidenten und allen anderen Ministern Attentate verübt; der Ministerpräsident wurde erschossen. Als Täter wurden eine Anzahl junger Offiziere festgenommen, die mit der Chinapolitik der Regierung nicht einverstanden sind. Sie gehören einer faschistischen Vereinigung an, deren Ziel es ist, chinesische Gebiete für Japan in Besitz zu nehmen.

Die Organisation muss schlagkräftig gestaltet werden!

Am 28. Mai ist der 23. Wochenbeitrag fällig

Oesterreich verlangt Hilfe. Die österreichische Regierung gab vorige Woche ein Schreiben bekannt, das sie an den Völkerbund gerichtet hat und in dem unter Hinweis auf die unerträgliche finanzielle Lage Oesterreichs vom Völkerbund ein Rat darüber verlangt wird, ob in Oesterreich sofort ein Transfer-Moratorium erfolgen kann. Des weiteren wird angekündigt, daß sich Oesterreich mit den anderen Donaustaaten über notwendige Zollvereinbarungen einigen will.

Rundschreiben des Papstes. In dem vor einigen Tagen veröffentlichten Rundschreiben wendet sich der Papst gegen die Gier nach irdischen Gütern und gegen die radikalen Parteien. Weiter beschwört er alle Völker, doch abzulassen von der niedrigen Selbstsucht und alle Kräfte in einer einzigen Front zu vereinigen gegen die Schlachtenreihe der Frevler, der Feinde Gottes wie der Menschheit.

Bierdemonstrationen in New York. Nach einer großen Kundgebung der "Nassen" in New York, auf der die Zulassung von stärkerem Bier gefordert wurde, bildete sich ein Riesendemonstrationszug, an dessen Spitze der New-Yorker Oberbürgermeister Walker marschierte. Aehnliche Kundgebungen wurden in allen größeren Städten der USA. veranstaltet. Trotzdem lehnte der Senat den Antrag auf Herstellung von stärkerem Bier zum Zwecke der Erschließung einer Steuerquelle zur runanzierung von Notstandsarbeiten mit großer Mehrheit ab.

Forderungen des Dabu

Die Unternehmerorganisation in der Süß-, Backund Teigwarenindustrie überreichte den gewerkschaftlichen Tarifparteien ihre Forderungen zur Verschlechterung des bestehenden allgemein verbindlich erklärten Reichstarifs. Der Dabu will:

"Wiedereinführung der Altersstaffel für die jugendlichen Hilfsarbeiter und arbeiterinnen unter 16 Jahren.

Einführung einer besonderen Staffel für Frauen von 20 bis 23 Jahren.

Eine weitere Differenzierung der Löhne der Facharbeiter und der Löhne der Hilfsarbeiter sowie Herabsetzung der Löhne der Arbeiterinnen.

Anstatt des jetzigen Prozentsatzes von 65 Proz. des Ecklohnes sind 55 Proz. zu setzen und die anderen Staffeln entsprechend herabzusetzen.

Senkung der Akkordzuschläge von 15 auf 10 Proz.

Festsetzung der Abstufungen der Akkordzuschläge in der Höhe des jeweiligen Akkordlohnes für die verschiedenen Altersklassen.

Das Verbot des Prämiensystems ist aufzuheben.

Verschlechterung der Auslegungsbestimmungen zum § 616. Abbau der Ferien auf 3, 6, 8, bzw. 10

Werktage.
Ferienvergütung nach dem Durchschnitt in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Mai wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden.

Ausschaltung der Lehrlinge aus dem Tarifvertrag.

Beseitigung bestehender außertariflicher Vergünstigungen. Einschränkung der Rechte der gesetzlichen

Einschränkung der Rechte der gesetzlichen Betriebsvertretung."

In den Tarifvertrag neu eingefügt soll werden:
"Ansprüche auf Bezahlung von Lohn, Ueberstunden, Krankheitstagen sind verwirkt, wenn sie nicht spätestens bei der übernächsten — zweiten — Lohnzahlung nach ihrer Fälligkeit geltend gemacht worden sind."

Im Tarifvertrag soll noch folgende Bestimmung aufgenommen werden: "Die ausfallenden Arbeitsstunden sind vorzuarbeiten oder nachzuholen. Sie sind keine Ueberstunden. Ihre Verteilung soll unter Mitwirkund der gesetzlichen Vertretung der Arbeitnehmer en folgen."

Mit diesem Wunschzettel hat sich der Dabu die Bestrebungen im Unternehmerlager zur Beseitigung aller wichtigen Tarifpositionen zu eigen gemacht Wenn den Wünschen der Unternehmer stattgegeben wird, dann bleibt vom Reichstarif ein so kümmerliches Gerippe übrig, daß weder unsere Organisation noch die Betriebsbelegschaften ein Interesse dafür haben.

Am 24. Mai haben die Verhandlungen über die Unternehmerforderungen begonnen. Wir werden darüber berichten.

50 Jahre "Saxonia"-Verband

In diesem Jahre begeht der Bäckermeister-Verband "Saxonia" sein 50jähriges Bestehen. Er gehört im Zentralverband deutscher Bäckermeister-Innungen zu dessen stärksten Stützen. Stets befand er sich auch im Lager derjenigen Richtung, die den wirtschaftlichen Aufstieg der Gehilfenschaft durchkreuzen und verhindern wollte. Als seinerzeit die gelbe meistertreue Vereinigung von den Berliner Innungsführern aus der Taufe gehoben wurde, fand sie im "Saxonia"-Verband eine starke Hilfe bei der Gründung gelber Ortsgruppen. Helfersdienste leistete wohl auch die soziale Struktur des sächsischen Bäckergewerbes, das zum überwiegenden Teil von Zwergbetrieben beeinflußt wurde. Die wirtschaftliche Lage der Gehilfenschaft war eine entsetzliche und die Lehrlingszüchterei schoß üppig in die Halme. Die alljährlich in den Gehilfenstand übertretenden Lehrlinge konnten nur zum kleinen Teil ein Unterkommen in ihrem erlernten Berufe finden. Die Abwanderung nach anderen Industrien war groß und damals bot sich auch infolge des Aufstieges der sächsischen Industrie zum Großbetrieb reichlich Arbeitsgelegenheit anderwärts als ungelernter Arbeiter.

Das Unternehmertum und die Gelben hatten leichte Arbeit zum Mitgliederfang bei den jungen unerfahrenen Kollegen. Nirgends fand das Märchen vom Meisterwerden so viele Gläubige wie bei den Bäckergehilfen in Sachsen. Aber auch diese Zeit verschwand mit der riesenhaften Ueberschwemmung durch den jungen Nachwuchs. Längst sind auch unsere sächsischen Kollegen kuriert und sie erblicken in der freien Gewerkschaftsbewegung ihre einzige und erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Stütze. Der "Saxonia"-Verband mußte sich daher umstellen, von seiner Tarifgegnerschaft Abstand nehmen und uns als gleichberechtigten Tarifkontrahenten anerkennen. Heute besteht ein Landestarif. Damit auch die Gelben auf ihre Rechnung kamen, wurde das von uns geschaffene Tarifergebnis mit Verschlechterungen auch mit den Meistertreuen vereinbart. Es besteht somit die groteske Tatsache, daß außer mit uns, als tariffähiger Partei, noch eine Abmachung mit einer Vereinigung besteht, die nicht tariffähig ist und kein klagbares Recht auf die Durchführung des Tarifes hat. Gewiß fahren die Bäckermeister mit diesem Zustand recht gut. Die Gehilfenschaft ist aber geschädigt.

Während die Bäckermeister in Sachsen über eine fast hundert prozentige Organisation verfügen, leben die Gehilfen in Hader und Streit. Sie sind nicht nur in allen gewerkschaftlichen Richtungen zu finden, sondern gründeten sich noch alle möglichen lokalen Vergnügungsvereine. Hier tummeln sich meist nur junge Kollegen. Die älteren, vom Lebensschicksal hin- und hergeschleuderten, wissen, daß ihnen nur eine starke Gewerkschaft helfen kann. Erst durch unsern Tarif ist es möglich, auch als Familienvater im erlernten Beruf Arbeit zu bekommen.

Die sächsischen Bäckermeister waren von jeher politisch sehr wandelbar. Die älteren Herren haben schon viele Parteien durchlaufen. In ihrer kritischen Einstellung als Inhaber eines unrentablen Zwergbetriebes sehen wir sie immer dort, wo die Wogen des "revolutionären" Zünftlertums hochgehen. Nach dem Kriege schworen sie auf Drewitz, jetzt laufen sie im braunen Hemd hinter Hitler her. Wer Hoffnungen hegte, daß mit der Uebernahme der Führerschaft im "Saxonia"-Verband durch die jüngere Generation der alte Zunftplunder in die Rumpelkammer geworfen würde, der ist längst einer anderen Ueberzeugung geworden. Im alten Trott, auf ausgetretenen Bahnen ihrer Großväter marschieren sie mit ihren Zunftsturmfahnen weiter. Von dieser starken Organisation könnte Hervorragendes geleistet werden, so aber wird mit bewundernswerter Zähigkeit der Kampf um die Beibehaltung des Alten, Ueberlebten weiter geführt. Warum, das ist unverständlich. Es würde schlimm um die Menschheit bestellt sein, wenn die "guten alten Zeiten" wiederkehren würden. Werden daraus auch unsere Bäckergehilfen in Sachsen Lehren ziehen, dem Beispiel der Meister nacheisern und sich auch der großen Einheitsorganisation, unserm Verbande, anschließen?

Die Pläne der Faschisten

Betr. Vertrauliche Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebs-Marxismus.

Reichsleitung der NSDAP. Reichsbetriebs-Zellen-Abt. der Org.-Abt. 1 München, Karlstr. 14.

Eirleilung.

Es ist wiederholt in Rundschreiben sowohl auch in Führerbesprechungen betont worden, daß die NSBO. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) keine Gewerkschaft ist, auch nicht der Vorläufer einer solchen. Die NSBO, ist nichts weiter, als die hesondere spezifische Waffe zur Eroberung der Betriche durch Niederringung des Betriebsmarxismus. Nationalsozialisten schließen sich nur zu dem Zweck in der NSBO. zusammen, um Idee und Weltanschauung in die Betriebe zu tragen. Als Gewerkschaft ist die NSBO, schon durch die Feststellung des Reichsarheitsgerichts nicht anerkannt. Es kann also auch logischerweise keine Arbeitsgerichtsvertretung durch die NSBO. stattfinden. Ebenialls können bei Streiks keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs.-Arbeitgebern zu zerstreuen,

Werbeaktionen im Jahre 1932.

Es muß jedem einzelnen Pg., der im Betrieb beschäftigt ist, zur unumgänglichen Pflicht gemacht werden, der NSBO. anzugehören. Pgs., die im Betrieb noch keine Zelle haben, müssen versuchen, unter allen Umständen eine solche zu schaffen, Sollten sich Pgs. aus undurchsichtigen Gründen weigern, einer solchen beizutreten oder dieselbe zu organisieren, so ist dem betreffenden Pg. mitzuteilen, daß Antrag auf Ausschluß beim Uschla, des Gaues, gemäß § 4 Absatz 1b, gestellt werden kann, wenn er weiter auf seiner Verweigerung beharren sollte.

Von den einzelnen Gau-Bezl. (Bezirksleitungen) und Ubzl. (Unterbezirksleitungen) muß eine Betriebsversammlung organisiert werden, und zwar so, daß eine die andere ablöst. Als Redner kommen nur solche Pg. in Frage, die sich besonders für Arbeiterversammlungen eignen und die Psyche des Arbeiters genau kennen.

Ist eine Betriebszelle aus eigner Kraft heraus fähig, eine Betriebsversammlung einzuberufen, so braucht hiervon die Ortsgruppenleitung lediglich nur verständigt und herangezogen werden. Sonst müssen sämtliche Ortsgruppen, in Verbindung mit der NSBO,, die Betriebsversammlungen organisieren. Die Betriebe müssen vor allen Dingen ständig mit Flugblättern, Broschüren und Zeitungen bearbeitet werden.

Werden eigne Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.

In Betriebszeitungen ist vor allem aufs schärfste das heutige System anzugreifen, sowie die arbeiterverräterische Politik der Gewerkschafts- und SPD.-Bonzen. Gerade das letztere leuchtet dem Arbeiter am besten ein. So z. B. Lebensweise und Gehalt der Bonzen (insbesondere ist das Privatleben derselben zu beobachten, ihr Werdegang usw.). Hier muß vor allen Dingen verstanden werden, die soziale Lage des Arbeiters der der Bonzen gegenüberzustellen und deren einstiger Beruf. Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen und gerade die Weckung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühle beim Arbeiter führen oft später zur Reise politischer Erkenntnis. Ist es bei zu großer Interesselosigkeit der Betriebsbelegschaft nicht anders möglich, so muß das Propagandamaterial eine Zeitlang kostenlos in die Betriebe geworfen werden.

Tätigkeit und besondere Aufgaben der NSBO.-Betriebsräte.

Die NSBO.-Betriebsräte sind in ganz besonderem Sinne Amtswalter. Jeder nationalsozialistische Betriebsrat ist ein vorgeschobener Posten in den

vordersten feindlichen Linien.

Der NSBO.-Betriebsrat ist in erster und letzter Linie nur der Partei und Bewegung verantwortlich. Die Anordnungen des Führers und der Partei sind allein für ihn maßgebend. Das Betriebsrätegesetz ist nur eine Frage der Taktik für denselben. Die vornehmste Aufgabe des Nationalsozialisten im Betrieb ist der Kampf für unsere Bewegung und die

Vernichtung des Feindes . . .

Die akute Gefahr droht nun weniger von seiten der RGO. und KPD. als von seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen. Daß dieser Kampf nur mit besonderen Mitteln geführt werden kann, liegt auf Grund unserer zahlenmäßigen Schwäche in den Betrieben auf der Hand, vor allen Dingen muß deshalb versucht werden, diese zahlenmäßige Schwäche zu heben. Dieses geschieht am besten mit den der NSBO. angeschlossenen Erwerbslosenzellen; die nationalsozialistischen Betriebsräte müssen es verstehen, erwerbslose Pg. in die Betriebe zu bringen. Um dieses zu erreichen, ist es notwendig,

daß der Betriebsrat mit den einzelnen Zellenmitgliedern immer engste Fühlung behält. Nur so kann immer auf schnellstem Wege festgestellt werden, wo ein Arbeitsplatz frei wird oder ein solcher frei gemacht werden könnte.

Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betrieb jeden Marxisten-Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte Adressenmaterial, Photos usw. ist über den Gau an den "Sonderdienst" weiterzuleiten (Abteilung 1 VB, 11 München). Die Hauptsache ist schon, wenn nur geknipst ist; das übrige erledigt dan die technische Abteilung. Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden. Auf





Böttcher, Hamburg Eingetr. 23. 2. 1886, jest Invalide

Otto Kettenbeil Böttcher, Lauenburg/Elbe Eingetr. 6.7. 1886, jeht Invalide Karl Ackermann Böttcher, Lauenburg/Elbe Eingetreten 1. 10. 1887



Wilhelm Burmester Böttcher, Lauenburg/Elbe Eingetreten 1. 10. 1887 Otto Kolbe Böttcher, Braunschweig Eingetreten 1. 2. 1886

diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von all den schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pgs. in den Betrieben Arbeit finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen. Daß die Beschaffung dieses Materials natürlich äußerster Vorsicht bedarf, braucht nicht näher erörtert zu werden.

Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhetzte.

Schlußbemerkung:

Die Reichsleitung der NSBO. hofft, daß die einzelnen Pgs. in Zukunft alle Kräfte daran setzen werden, obige Voraussetzungen zu erfüllen. Der Jude Mardochai (Karl Marx) hat einmal von der Athletengestalt des deutschen Arbeiters gesprochen. Es wäre ein unvermeidlicher Fehler, wenn man die Richtigkeit dieses Ausspruches übersehen würde.

Je früher wir es verstehen, diese Athletengestalt in den Dienst der Nation zu stellen, desto mehr wird es uns gelingen, die Macht im Staat zu ergreifen und diesem verfaulten System den Todesstoß zu ver-

Auch hat der Kapp-Putsch uns gezeigt, wie wichtig die Herrschaft über die Betriebe ist.

Hierin können wir nur von der KPD. lernen. Es dürfte uns auch viel leichter als der KPD. fallen, die Betriebe zu erobern auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unseres gut ausgebauten Propagandaapparats.

Also Pgs. auf in den Entscheidungskampf 1932. Laßt uns kämpfen und der Sieg ist unser!

Dieses Geheimschreiben der Nazis, das uns das Mailüsterl zuwehte, beweist jedem werktätigen Menschen, worauf die Faschisten hinstreben. Wer kann aber dieser Gesellschaft nachlausen, die den Arbeiter in das Joch der Sklaverei hineintreiben wollen. Solche Richtlinien kann nur ein Mensch ausarbeiten, der im Unternehmersolde steht. Damit aber dieser Bursche nicht auf seine Rechnung kommt, werden in allen Betrieben unsere Kollegen und Kolleginnen mit größter Wachsamkeit ihre sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften schützen. Zeigt den Unternehmerknechten eure Färste, wenn sie eure Gewerkschaft vernichten wollen!

Hitlers Propagandachef

Längst ist bekannt, daß im Braunen Haus zu den Intimsten des "Führers" auch einige Ausländer gehören. Der Propagandachef Rosenberg, einer von diesen Nichtdeutschen, ein russischer Staatsangehöriger während des Krieges, jetzt deutscher Reichstagsabgeordneter, gehört auch zu dieser Gruppe. Rosenberg hat nun mehrere Zeitungen verklagt, weil sie einen in einer Pariser Zeitung veröffentlichten Artikel abdruckten, in dem behauptet wurde, Rosenberg hätte als russischer Staatsangehöriger im Kriege als Agent im Dienste des französischen Auswärtigen Amtes gestanden und habe sich während des Krieges öfters in Paris aufgehalten.

Die Klage stand am 19. Mai vor dem Münchener Amtsgericht zur Verhandlung. Die Verhandlung konnte aber nicht durchgeführt werden. Die Verteidigung überraschte das Gericht mit dem Namen und der Adresse einer in Paris weilenden Dame, die bereit sei, zu bezeugen, daß Rosenberg entgegen seiner Behauptung während des Krieges wiederholt und jeweils mit längeren Anfenthalt in Paris gewesen sei. Gegen die Vernehmung dieser Zeugin sträubte sich Rosenberg heftig. Das Gericht beschloß jedoch, die Zeugin durch das deutsche Konsulat in Paris kommissarisch vernehmen zu lassen. Zu diesem Zweck wurde die Verhandlung ausgesetzt.

Recht verdächtig ist das Verhalten Rosenbergs. Wenn seine Erklärung den Tatsachen entspricht, warum sträubt er sich gegen die Vernehmung der Zeugin? Oder sollte es doch anders sein als der faschistische Propagandachef behauptete?

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im April

Der Arbeitsmarkt hat im verflossenen Monat nur eine ganz geringe Entlastung erfahren: Ende April waren bei den Arbeitsämtern noch rund 5 737 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder ist gegenüber dem Vormonat auch nur um 776 und die der kurzarbeitenden Mitglieder um 2462 zurückgegangen. Diese Feststellungen bestätigen sehr deutlich, in welchem Maße die Beschäftigung in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie abhängig ist von der Arbeitsmarktlage im allgemeinen. Wie sich die arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder auf die einzelnen Industriegruppen des Verbandes verteilen, geht aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor.

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	März 1932	April 1932	März 1932	April 1932
Getränkeindustrie Süßwarenindustrie Bäcker u Konditoren. Fleischer	13 327 5 872 6 837 4 774 2 448 2 989	12 956 5 810 6 826 4 561 2 334 2 974	41 592 7 532 2 664 2 945 1 670 1 271	39 929 7 170 2 469 2 770 1 559 1 315
Insgesamt	36 247	35 461	57 674	55 212

In den Berichten der Landesarbeitsämter werden die Andrangziffern der Arbeitsgesuche auf die offenen Stellen für das Bäcker- und Konditoren- sowie für das Fleischergewerbe gesondert genannt. Danach entfielen im Bäcker- und Konditorengewerbe im Monat März (für April liegen die Feststellungen noch nicht vor) auf je 100 offene Stellen nicht weniger als 4096 Arbeitsgesuche! Offene Stellen wurden nur 1409 gemeldet, vermittelte 1333; die Zahl der eingetragenen Arbeitsgesuche bezifferte sich im Laufe des Monats auf 57712; Ende März waren 50 150 Arbeitslose vorhanden. Im Fleischergewerbe entfielen auf je 100 offene Stellen 3028 Arbeitsgesuche; offene Stellen 1006, Vermittlungen 985; eingetragene Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 30 464, Ārbeitslose Ende März 26 356!

Kampf den Doppelverdienern!

Eine Stimme aus dem Ausland.

Die Not und das Elend, unter dem Millionen Arbeiter mit ihren Familien leiden, ist nicht nur auf Deutschland beschränkt, auch das Ausland leidet unter der Weltwirtschaftskrise. Die durch sie bedingte Arbeitslosigkeit ist auch dort Anlaß zu eifrigem Suchen nach Wegen, um sie zu überwinden. Es ist also kein Zufall, wenn im Ausland Pläne erörtert werden, die auch in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Zur Frage der Doppelverdiener wird in Nr. 20 der "Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung" Stellung genommen, wobei in ganz trefflichen Ausführungen gefordert wird, daß jeder Doppel- und Nebenverdienst von einer bestimmten Einkommensgrenze an verboten wird. Man ist sich allerdings auch darüber klar, daß dies nur ein armseliger Notbehelf ist, der die Krise nicht wesentlich mildern wird, man weiß aber, daß bei den heutigen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt gar nichts unterlassen werden darf, was auch nur dem einen oder anderen Arbeitslosen wieder zu Brot und Arbeit verhilft.

Wir lassen nachstehend einen Auszug des Artikels folgen, in dem sehr überzeugend die Argumente gegen eine gesetzliche Regelung des Doppel- und Nebenverdienstes widerlegt werden:

"Es gibt viele Genossen, die die Gegnerschaft gegen die Doppel- und Nebenverdienerei als kleinlich und spießbürgerlich abtun. Durch Vorschriften gegen solche Mißbräuche — denn daß es Mißbräuche sind, wagt niemand zu bestreiten — werde die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt. Gewiß, das wird sie nicht. Die Arbeitslosigkeit wird aber auch durch Unterstützungsmaßnahmen nicht beseitigt. Fast alle Forderungen der Gewerkschaften zur Krisenbekämpfung sind mehr oder weniger Palliativmittel. Müssen es sein, weil die Umgestaltung der Wirtschaft, wie wir sie fordern, nicht von heute auf morgen sich vollziehen wird — der Arbeitslose aber nicht fragt, was nach Jahren sein wird, sondern wovon er morgen, wovon er heute leben soll.

Andere berufen sich auf die persönliche Freiheit des Individuums. Es ist immer schief, wenn sich Sozialisten auf bürgerliche Begriffe berufen. Es gibt keine unbeschränkte Freiheit des Individuums. Sie findet ihre natürliche Grenze in der Freiheit des andern. Wo die Freiheit des einen die der andern bedroht, ist das allgemeine Wohl in Gefahr. Das trifft auch hier zu, wo die Freiheit des Erwerbs für den einen die Erwerbsmöglichkeiten des andern gefährdet. Wer übrigens die persönliche Freiheit des Individuums verfechten will, kann nicht für gesetzliche Regelung der Arbeitsbedingungen eintreten.

Ein fortschrittlicher Mensch bekämpft je des Unrecht. Und es ist ein offensichtliches Unrecht, wenn Mann und Frau ein und derselben Familie ein Einkommen von über 10 000 Franken beziehen, während ein Familienvater keine Möglichkeit hat. Arbeit zu bekommen. Es ist ein Unrecht, wenn ein öffentlicher Funktionär jeden Abend drei Stunden im Kontor sitzt und Buchhaltungen privater Geschäfte führt, während die arbeitslosen Kaufleute mit dreijähriger Lehrzeit mit leeren Händen herumstehen."

Ein Mühlenjubiläum

100 Jahre Gottschalkmühle.

Die Mühlenwerke Gottschalk AG, in Krefeld, deren Aktienmehrheit sich im Besitz der Mannheimer Mühle Werner und Nicola befindet, können in diesen Tagen auf ihr 100jähriges Bestehen zurückblicken. Es ist gewiß auch heute noch eine Seltenheit, daß eine Mühle, die sich innerhalb der deutschen Müllerei einen geachteten Namen erringen konnte, nahezu ein volles Jahrhundert in Familienbesitz ist und sich in dieser Zeit aus den kleinen Anfängen zu einem Großbetrieb ersten Ranges entwickelte. Das Stammhaus wurde im Jahre 1832 in Hilden, Rheinland, von dem Sohn der Elberfelder Kaufmannsfamilie Gottschalk erworben. Die Mühle war kaum als solche anzusprechen. Zunächst wurden auf einem Gang Farbhölzer gemahlen und erst im Laufe der Zeit wurde die Mehlmüllerei zum Hauptgeschäft. 1849 wurde die erste Dampfmaschine eingebaut. Etwa 13 Jahre später wurde die Farbmüllerei aufgegeben und der ganze Betrieb mit

Wir sind das Heer!

Wir sangen so manches hinreißende Lied Vom Hammer und Ambos, vom Müller und Schmied, Vorbei ist die Zeit mit dem friedlichen Sinn, Die schöne Romantik ist lange dahin.

> Die Zeit ist Eisen — Groß ist das Leid -Wer will sie preisen Die kalte Zeit, Wo Schaffensfreude In Not erstickt, Man bang von heute Ins Morgen blickt.

Haltet ein! Wir wollen kein Klagelled! Wir singen ein Lied, wie der Sturm im Ried! Wir singen ein Lied, wie das brausende Meer! Wir kommen in Massen! Wir sind das Heer!

Wir kennen kein Bangen! Uns stählte die Not! Noch sind wir gefangen, doch Kampf bis zum Tod! Das woll'n wir geloben mit heiligem Eid! Wir sind die Erprobten, die Kämpfer der Zeit!

Hermann Eilfeld.

modernen Maschinen ausgestattet. Die Walzenmüllerei wurde 1882 eingeführt, als der heute noch als Direktor tätige Albrecht Gottschalk in die Firma eintrat. Die Leistungsfähigkeit der Mühle wurde dadurch auf 325 Doppelzentner täglich erhöht. Um Bahn- und Wasseranschluß zu erhalten wurde im

Jahre 1898 die Erprather Mühle bei Neuß aufgekauft und modern mit einer Tagesleistung von 1000 Doppelzentner ausgehaut.

Wenige Jahre später entsprach auch dieser Betrieb nicht mehr den Erfordernissen, so daß mit dem Bau einer Großmühle begonnen wurde. Sie steht am Rheinhafen in Krefeld-Linn. Die Inbetriebnahme erfolgte 1908. Sie besitzt eine tägliche Leistungsfähigkeit von 4000 Doppelzentner und hat außer Bahn- und Wasseranschluß ein Silo mit 120 000 Doppelzeniner Fassungsvermögen. 1911 wurde die Familiensirma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Der frühere Besitzer und heutige Direktor Gottschalk ist in seiner Tätigkeit innerhalb der Müllerorganisation auch mit den Gewerkschaften recht oft in nähere Fühlung gekommen. Er verstand es bei Tarisverhandlungen, wenn es hart auf hart ging. immer wieder seinen Einfluß für einen befriedigenden Ausgleich der Differenzen geltend zu machen. Dieser nicht in kleinlicher Interessenpolitik hängenbleibende Charakter hat ihm auch bei seinen Gegnern ein großes Maß von Achtung verschafft.

Schluss mit halber Arbeit!

Seit Wochen geht erneut ein Rätselraten durch die Presse darüber, ob der Reichsarbeitsminister bzw. die Reichsregierung sich dazu entschließen werden. die 40-Stunden-Woche Gesetz werden zu lassen. Auf seiten der Arbeiter wird ein solches Gesetz sicher mit einer gewissen Befriedigung aufgenommen werden; die Mehrzahl der Unternehmer wollen da-

von nichts wissen.

Soweit in den letzten Tagen von dem geplanten Gesetzentwurf etwas in die Oeffentlichkeit drang. scheint dieser nicht geeignet zu sein, irgendwelche Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu bringen, denn er stellt nur wieder eine halbe Arbeit dar. Die Brauindustrie, die davon betroffen sein soll, hat mit wenigen Ausnahmen längst die 40-Stunden-Woche. Weiter muß mit aller Entschiedenheit dagegen angegangen werden, daß auch wieder die Betriebe bis zu zehn Beschäftigten ausgeschaltet werden sollen. Es ist undenkbar, daß für die größeren Betriebe die 40-Stunden-Woche eingeführt wird, während die Kleinbetriebe "gesetzlich" 48 Stunden weiter arbeiten dürsen. Auch diese Arbeitszeit steht für die meisten Betriebe nur noch auf dem Papier, denn wir sehen 60- und mehrstündige Arbeitswochen. Hier müssen Gesetzesbestimmungen geschaffen werden, die es diesen Saboteuren am Volkswohl ein für allemal verekeln, ihre Ausbeutungsmethoden länger fortzusetzen.

Es ist die einfache Erwägung: Was soll aus uns und unserer Wirtschaft werden, wenn die Produktionsfähigkeiten jeden Tag zu und die Absatzmöglichkeiten durch Schwinden der Kaufkraft und durch eine verkehrte Zollpolitik jeden Tag abnehmen? Auch der Geschäftsmann und Industrielle kann auf die Dauer sich dieser Folgerung nicht verschließen. Dafür sorgt das schlechte Geschäft besser als alle wirtschaftlichen Weisheiten. Deshalb sagte ein

Historisches über den Leipziger Viehmarkt 1)

Von Arno Kapp, Leipzig.

In früheren Jahrhunderten versorgien die Stadtund Landfleischer die Städte mit Fleisch. Die Meister selbst oder ihre Geselien kauften das hierzu nötige Vieh beim Bauer auf dem Lande auf und trieben es herein in die Städte. Da aber von seiten des kaufenden Publikums vielfach Klage geführt wurde über die Qualität des Viehes, gingen die Städte dazu über, eigene Viehmärkte abzuhalten. Die Stadt Leipzig erhielt auf ihre Bitte bereits im Jahre 1625 vom sächsischen Kurfürsten das Privilegium (siehe Codex Augusteum II. 2093 vom 14. März 1625!),

"Worinnen ihr jährlich zwey Ochsen-, Vieh- und Roßmärckte verstattet"

wurden. Das Dekret lautete:

.... Also haben Wir bemeldtem Rathe Unserer Stadt Leipzig unterthänigstem Suchen stattgegeben und ihn mit denen gebetenen zwey freyen offenen Ochsen-, Vieh- und Roß-Märckten begnadet, privilegiret und befreyet, ... als den

acht Tage vor dem Michaelis, und den andern acht Tage vor dem Tage omnium sanctorum²), bey der Stadt Leipzig an deroselben bequemen Orten exercieren, üben und halten..."

Mit der Niederlegung des alten Leipziger Schlachthofes im Jahre 1644 durch die Schweden verschwanden auch die Viehmärkte wieder. Erst im Jahre 1835, also reichlich 200 Jahre später, fragte der Leipziger Rat bei der Fleischerimnung an, wie sie über Anlegung eines Viehmarktes denke. Am 27. Juli desselben Jahres schrieb die Innung dem Rate, daß sie mit der Einführung eines "Schlachtviehmarktes" vollkommen einverstanden wäre, denn - so heißt es in dem Gutachten der Meister seine Vorteile beständen darinnen.

ባ Leipziger Raiszuchiv, Kap. II/166. ቫ Tag "Allerbeiligen".

"daß gesundes und dabei wohlfeiles Fleisch geliefert werden könne".

was man jetzt von dem durch die Landfleischer hereingebrachten Vieh nicht sagen könne, zumal von dem bereits geschlachteten, denn das Vieh würde

"zwar in den Thoren von den Thorcontrolleuren hinsichtlich der Stückzahl revidiert, nicht aber der Beschaffenheit nach!"

Vom Stadttore aus wurde das Fleisch früher entweder in die Fleischkeller eingelegt oder auf die Verkaufsbänke gebracht. Marktvogt und Schatzmeister konnten daher nur das auf der Bank liegende Fleisch für "bank- oder nichtbankwürdig" erklären, nicht aber das in den Kellern und in den Kammern hinter den Fleischbänken liegende, das nach und nach zerhackt und meist gleich in die Bürgerhäuser und Speisewirtschaften geliefert wurde.

Durch einen Viehhof, so behaupteten damals die Fleischer, würde aber nur noch gesundes Vieh in die Stadt eingebracht werden, niemals aber bereits geschlachtetes, von dem man meist nicht wisse, ob es gesund sei oder nicht. Das Vieh würde aber auch billiger werden, und nun brauchten die Fleischer nicht selbst mehr ihr Vieh auf dem Lande zusammenzusuchen. Diese Reisen kosteten übrigens Geld, ebenso der Transport des Viehes. Wenn all das hinwegfalle, so sagten die Fleischer damals, könnten sie das Fleisch in der Stadt bedeutend billiger liefern, der Landwirt und Bauer brauche außerdem nicht mehr zu warten, bis sich ein Vieheinkäufer zu ihm bequeme.

Der von den Leipziger Fleischermeistern so sehnlichst (?) erwünschte Fettviehhof aber sollte vorläufig noch nicht errichtet werden, denn das von der Innung dem Rate angebotene Areal in Reudnitz wurde auf Grund eines Gutachtens sowohl vom Stadt- als auch vom Bezirksarzt verworfen; den von der Stadt vorgeschlagenen Platz aber lehnte die Innung wieder als ungeeignet ab. Gegen 30 Jahre ruhte das Projekt.

Der Rat stellte nun seinerseits die Innung vor

eine vollendete Tatsache. Am 29. Juni des Jahres 1867 erließ er nämlich folgende Bekanntmachung:

"Wir beabsichtigen hierorts einen Fettviehmarkt zu errichten und haben dazu das hiesige Stadtgut Pfaffendorf') bestimmt. Die zu demselben gehörigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude nebst großem Hofraum und Gärten sollen zur Errichtung und Betreibung dieses Fettviehmarktes auf 10 Jahre an den Meistbietenden verpachtet und soll dem Pächter für das Grundstück auch Gasthofkonzession erteilt werden."

Die Fleischerinnung ließ sich das Geschäft nicht entgehen und wurde Pächter des "Pfaffendorfer Hofes". Die Innung erhob von jedem Stück auf den Markt gebrachten Vieh folgendes Standgeld (ab 2. November 1867):

1. für jeden Ochsen pro Markttag 2 Ngr. 5 Pf.

2. für jedes Schwein pro Markttag 1 Ngr.

3. für jedes Kalb pro Markttag 1 Ngr. 4. für jedes Schöps pro Markttag 5 Pf.

Am 21. März des Jahres 1878 konnte der Leipziger Zimmermeister Julius Steib an den Magistrat der Stadt schreiben, daß der Pächter des an der Pfaffendorfer Straße und "zum Pfaffendorfer Hofe" benannten Restaurationsgartens E. W. Pinkert nachstehende Baulichkeiten vornehmen wolle:

"Es soll auf dem rechts neben dem Hauptgebäude befindlichen Keller ... ein Gebäude errichtet werden, welches zur Aufbewahrung von Raubtieren bestimmt ist."

Da die Fleischerinnung gegen den Bau nichts einzuwenden hatte, genehmigte der Rat das Projekt. Es war der Anfang des noch heute auf dem Gelände des ehemaligen Fettviehhofes und Viehmarktes stehende Leipziger Zoologische Garten. Mit gutem Recht konnte er daher im Mai dieses Jahres sein 50jähriges Bestehen feiern. - Mit der Eröffnung des "Neuen Leipziger Schlachthofes" am 12. Juli 1888 wurde der Fettviehhof und Viehmarkt an der Pfaffendorfer Straße eingezogen.

3) Der heutige Leipziger Zoologische Garten.

deutschböhmischer Großindustrieller zum Entsetzen seiner hinter dem Mond wohnenden Klassengenossen schon vor zwei Jahren:

"Es ist notwendig, die Arbeitsverteilung der Vollkommenheit der Werkzeuge anzupassen. Die Arbeitszeit der in der Industrie gegen Entlohnung Arbeitenden ist grundsätzlich von 48 auf 36 Stunden per Woche herabzusetzen. Die unmittelbaren Folgen sind klar: Ein Großteil der Arbeitslosen, die in ihrer Gesamtheit die Wirtschaft unproduktiv belasten, wird aufgesogen. Ueberdies aber wird bei allen Arbeitenden neue Muße geschaffen, die erfahrungsgemäß neue Bedürfnisse und neue Arbeitsmöglichkeit schafft. So hat z. B. die Einführung des Weekends in Amerika und in England den Absatz der Automobilindustrie in diesen Ländern verhältnismäßig gestärkt. Die Argumente gegen die Verkürzung der Arbeitszeit sind alle durch Erfahrungen beim Uebergang zum Achtstundentag längst widerlegt. Keine der prophezeiten Katastrophen ist eingetreten. Im Gegenteil, die Entwicklung zu einem höheren Standard hat stürmisch eingesetzt ind das Tempo ist so angeschwollen, daß der Achtstundentag heute bereits überholt ist, was in der gegenwärtigen Krise Ausdruck findet. Dem Einwand, daß nicht alle Industrien einen verkürzten Arbeitstag ermöglichen (z. B. die Landwirtschaft), ist praktisch auch schon der Achtstundentag begegnet: selbstverständlich ist im einzelnen die Ueberschreitung möglich, doch müssen für den Arbeitenden solche eventuell nur subjektive Kompensationen bestehen, die eine Beschäftigung in einem dieser Produktivzweige wünschenswert erscheinen lassen.

Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise, die sich für Millionen von Menschen unverhüllt als Not am Unentbehrlichsten äußert, ist, als technisch-organisatorisches Problem betrachtet, durchaus nicht unlösbar. Die moderne Technik ist mit sachlich schwierigeren Dingen fertig geworden, als Menschen, die arbeiten wollen, ausreichend mit Gütern zu versehen, die in praktisch unbegrenzter Menge herzustellen sind!"

Es ist leider zu befürchten, daß dieser weiße Rabe unter den Industriekönigen noch lange ein solcher bleiben wird. Doch der bittere Ernst wird uns dazu zwingen, sollen nicht Millionen elend zugrunde gehen oder zur Verzweiflung getrieben werden. Die letzten Wahlen sollten für die Minister, die angeblich den Radikalismus bekämpfen wollen, ein warnendes Menetekel sein. K. H.

Gewaltige Einkommensverluste

Das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland betrug im 1. Vierteljahr 1932 nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung 6½ Milliarden. Der Einkommensverlust wird um ein Viertel geringer sein als im 1. Vierteljahr 1931. Gegenüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im dritten Vierteljahr 1929 mit 11,3 Mrd. wird das Arbeitseinkommen in den ersten Monaten dieses Jahres um 42 v. H. auf 58 v. H. sinken.

Diese Zahlen sind erschreckend. Man merkt es an allen Ecken und Enden, die Verelendung der Arbeiterklasse schreitet in riesigem Umfange fort. Es wird darüber gestritten, ob der Einkommensrückgang die Krise verschärft oder umgekehrt. Kein Zweifel darf aber darüber bestehen, daß das ganze Wirtschaftsleben in eine Stockung geraten muß, wenn der größte Teil der deutschen Bevölkerung, die Lohn- und Gehaltsempfänger, in ihrer Kaufkraft derartig geschwächt werden. Man fragt sich nur was werden wird, wenn es in diesem Tempo weitergeht. Bessert sich das Einkommen nicht wesentlich, so dürfte der Einkommensverlust im Jahre 1932 gegenüber 1929 etwa 20 Milliarden betragen. Die Arbeitslosigkeit würde gering oder ganz verschwunden sein, wenn die fehlenden 20 Milliarden als Kaufkraft auf dem Warenmarkt in Erscheinung treten könnten. Was die Gewerkschaften seit Jahren fordern: Einhalt der Lohn- und Gehaltsverluste und Aufbau der inländischen Kaufkraft, ist der einzige Weg zur wirtschaftlichen Gesundung.

Tödliche Unfälle im Fleischergewerbe steigen

In dem soeben erschienenen Jahresbericht der Fleischerei-Berufsgenossenschaft, der 65 813 Betriebe angehören, in denen 148 353 Vollarbeiter beschäftigt sind, wird eine beträchtliche Zunahme der tödlichen Betriebsunfälle gemeldet. Die Unfälle im Berichtsjahr 1931 haben eine Abnahme von 10 200 auf 9 392 zu verzeichnen. Davon sind erstmals entschädigte Unfälle 1468, hingegen sind aber die Unfälle mit tödlichem Ausgang von 49 auf 54 gestiegen. Fast die Hälfte, 25, sind als Verkehrsunfälle gemeldet. Sieben Unfälle waren wiederum durch Berühren des elektrischen Stromes; durch Ausrutschen auf glattem Boden, Sturz von Leitern, Sturz von Treppen wurden fünf Unfälle verzeichnet. Auf 1000 Versicherte entfallen 63,32, im Jahre vorher 67,58 Unfälle, wo-

von erstmals als entschi digte Unfälle 9,39 gegenüber 10,21 in Frage name. Ir werden späte eingehend den Jahresbericht der Fleischerei-Berufsgenossenschaft besprechen.

Abermalige Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung

Unlängst hat eine "Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung vom 21. März 1932" das Licht der Welt erblickt. Bei flüchtigem Durchsehen der Verordnung gewinnt man den Eindruck, daß es sich hier nur um organisatorische Andeutungen handelt. Bei genauerem Studium findet man jedoch, daß auch das materielle Recht in Mitleidenschaft gezogen als erneut Verschlechterungen in bezug auf die finngsgewährung geschaften wurden, und zwar hat der bereits "rühmlichst" bekannte § 105 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes folgende Erweiterung erfahren:

"Beiträge und Teile von Beiträgen, die später als 1 Monat nach Fälligkeit entrichtet worden sind, sind für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr zu berücksichtigen."

Es handelt sich hier nicht nur um eine der einschneidendsten, sondern auch um eine der ungerechtesten Ergänzungsvorschriften seit Schaffung des Versicherungsgesetzes überhaupt. Diese Vorschrift wirkt sich nur zum Nachteil der Versicherten aus-Sie tritt dann in Kraft, wenn der Arbeitgeber mit seiner Beitragszahlung in Verzug bleibt. Es ist einfach unerklärlich, warum man für ein solches Verschulden des Arbeitgebers den Arbeitnehmer büßen läßt? Kann denn der Versicherte dafür, wenn der Arbeitgeber seiner Beitragspflicht unpünktlich und unregelmäßig nachkommt. Die Anstalt will sich hierdurch auf Kosten der Arbeiter vor Beitragshinterziehungen schützen. Das Reichsarbeitsblatt bringt in seiner letzten Nummer einen ausführlichen Artikel über die neue Verordnung. In demselben heißt es über die Ergänzung des § 105:

"Der Paragraph will bekanntlich Schädigungen der Reichsanstalt durch Unterversicherung vorbeugen und schreibt daher vor, daß bei Berechnung der Unterstützung für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden darf als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt zugrunde gelegt war. In der Praxis entstanden nun Zweifel, was zu gelten habe, wenn Beiträge nachträglich entrichtet werden. Nach einer grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes waren wirksam nachentrichtete Beiträge bei Festsetzung der Alu jedenfalls dann noch zu berücksichtigen, wenn die Nachentrichtung bis zur Festsetzung der Unterstützung erfolgte. Bei dieser Gesetzesauslegung war die Reichsanstalt erheblich der Gefahr von Beitragshinterziehungen ausgesetzt. Denn wenn die Beiträge ohne Rechtsverlust noch bis zur Festsetzung der Alu wirksam nachentrichtet werden konnten, bestand in Fällen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer annahmen, daß Arbeitslosigkeit zunächst nicht zu erwarten sei, ein Anreiz, sich der Beitragszahlung so lange zu entziehen, bis die Entlassung in die Nähe rückte. Daher erschien hier eine zeitliche Begrenzung geboten. Diese bringt die neue Verordnung."

Hieraus ist die Begründung und auch gleichzeitig der Zweck der neuen Vorschrift ersichtlich.

Erwähnt sei, daß der bereits bestehende Abs. 4 des § 105 auch auf diese Neuerung Anwendung findet. Dieser Absatz besagt: "Ein geringerer Betrag als der, den der Arbeitgeber beim Abzug des Beitrags vom Arbeitsentgelt zugrunde gelegt hat, darf nicht für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse zugrunde gelegt werden." Diese Bestimmung schützt den Versicherten dann, wenn der Arbeitgeber ihm zwar den Beitragsanteil vom Lohn abgezogen, denselben jedoch verspätet oder nicht zur Einzugsstelle (Krankenkasse) abgeführt hat. Neben der erwähnten Verschlechterung hat jedoch die neue Verordnung auch eine Verbesserung in dem hier besprochenen System der Unterstützungsberechnung gebracht. Diese lautet: "Solange und soweit der Arbeitslose das ihm geschuldete Arbeitsentgelt noch nicht erhalten hat, ist der Absatz 3 des § 105 nicht anzuwenden."

Gewiß bringt diese Erweiterung eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Recht; es handelt sich jedoch hier um eine Selbstverständlichkeit, die schon längst in das Gesetz hätte aufgenommen werden müssen. Oder soll der arme Teufel von Arbeiter, der schon seinen sauer verdienten Lohn nicht erhalten hat und um denselben vielleich sogar geprellt wird, nun auch keine oder eine niedrigere Unterstützung erhalten (so war es bisher)? Soll er also doppelt gestraft sein? Es war höchste Zeit, daß hier Wandel geschaffen wurde! Aus diesen Ausführungen geht weiter hervor, wie umständlich heute die Berechnung der Alu ist und über wieviel Zwirnsfäden der Arbeitslose stolpern kann. Jeder Fehler, und sei er noch so gering, bringt ihm Kl-s.materielle Nachteile!

Abwehrstreik in den Berliner Wurstfabriken

Seit 20. Mai werden alle namhaften Berliner Wurstfabriken von uns bestreikt. Eine Ausnahme machen die Efha-Werke, weil uns hier eine Friedensklausel im bestehenden Manteltarif daran hindert. Streikursache ist die Forderung der Unternehmer. Die Fabrikbetriebe wollten die Löhne und die Arbeitszeit der Handwerksbetriebe, also des Ladenileischergewerbes. Der von den Unternehmern angerufene Schlichtungsausschuß fällte am 19. Mai einen Schiedsspruch, der den Unternehmerwünschen weitgehend entgegenkam, und einen weiteren Lohnabbau bis zu 15 Proz. bedeutete. Seit Oktober 1931 würde somit der Lohn der Fleischergesellen eine Senkung von 34 Proz. aufweisen. Nach dem Schiedsspruch sollten die Gesellenlöhne 1,03 Mk. für die qualifizierten Arbeiter (Kesselgesellen, Wurst- und Kesselkocher, den ersten Kutterern (Bäcker), den ersten Pökelgesellen und den Würstchenräucherern) 0,93 Mk, für alle übrigen Gesellen über 21 Jahren und 85 Pf. für Gesellen vom 18. bis 21. Lebensjahre betragen; außerdem eine Kürzung der Urlaubstage.

Die Kollegenschaft lehnte den Schiedsspruch, den die Unternehmer angenommen und zur Verbindlichkeitserklärung eingereicht haben, ab und beantwortet den brutalen Eingriff mit der Arbeitsniederlegung, die mustergültig durchgeführt wird. Durch Inserate in der Unternehmerpresse werden Arbeitswillige gesucht. Wir warnen vor Zuzug.

Neue Belastungen

Die Arbeitsunfähigkeit des Reichstages zwingt die Reichsregierung immer wieder die nach ihrer Ansicht erforderlichen Maßnahmen durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Das soll wiederum geschehen mit den in Aussicht genommenen Aenderungen der Fürsorge für die Erwerbslosen, die wahrscheinlich einen Abbau bringen wird, sowie mit der Durchführung der Arbeitsbeschaffung und der Aufbringung der dafür benötigten Mittel. Außer einer Verlängerung der Erhebungsdauer der Krisen- und Bürgersteuer wird wahrscheinlich eine Beschäftigtensteuer und die Salzsteuer eingeführt werden, deren Ertrag ausschließlich benutzt werden soll um die noch aufzulegende Prämienanleihe zu tilgen.

In einem Teil der bürgerlichen Presse ist im Zusammenhang mit den von der Reichsregierung verfolgten Plänen auf Abbau der Arbeitslosenunterstützung geschrieben worden, daß die Gewerkschaften damit einverstanden wären. Gegen diesen Bericht wendet sich der Vorstand des ADGB., indem er feststellt, daß die freien Gewerkschaften nach wie vor die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung verlangen und sich mit aller Energie gegen alle etwaigen Pläne der Reichsregierung wenden, die Versicherung so zu verwässern, daß sie praktisch eine Versicherung überhaupt nicht mehr darstellt. Das gleiche gilt auch für die insbesondere von den Unternehmern geforderte allgemeine Herabsetzung der Unterstützungssätze. Weiter wird betont, daß bei allen Besprechungen mit der Regierung die Gewerkschaften sich gegen alle Abbaupläne eingesetzt haben. Sie forderten Arbeitsbeschaffung als einzigsten Weg um über den gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Notstand des Landes hinwegzukommen. Sie verwahrten sich insbesondere gegen eine etwa beabsichtigte Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Arbeitsbeschaffungsplane, da dieser nicht geeignet ist, die Wirtschaft zu beleben.

Diese scharfe Abwehr unzutreffender Unterstellungen ist notwendig geworden, weil sich die kommunistische Presse mit besonderer Freude auf die Mitteilung der bürgerlichen Presse stürzt, sie im wesentlichen noch verdreht und damit wieder einmal in dummdreister Verlogenheit die Gewerkschaften des Arbeiterverrates beschuldigt. Nach Kenntnis der wirklichen Sachlage richtet sich diese Methode von selbet

Schlachtsteuer ir Mecklenburg-Strelitz

Zu der von uns veröffentlichten Notiz über die geplante Schlachtsteuer in Mecklenburg sind nunmehr folgende Kuriositäten mitzuteilen. Am 20. Mai standen die Steuervorlagen der Hugenberg-Nazi-Regierung im Landtag zur Debatte. Von dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei wurde die Schlachtsteuervorlage einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Wirkung war so überzeugend, daß die Deutschnationalen und Nazi es vorzogen, nicht für die Vorlage ihrer eigenen Regierung zu stimmen. Es ist somit der Sozialdemokratischen Partei gelungen, diese neue geplante soziale Härte, die nur wiederum die Aermsten getroffen hätte, abzuwehren.

Was macht aber daraus die "Fleischer-Verbands-Zeitung"? In ihrem Bericht in Nr. 115 stellt sie die

Sache so dar, daß die Regierung freiwillig auf die Einführung der Schlachtsteuer verzichtet hat. Sie veröffentlicht eine Erklärung des Mecklenburg-Strelitzer Staatsministeriums, wonach der Vorschlag zur Einführung der Schlachtsteuer nur als Diskussionsgrundlage gedacht war, es hat sich aber die Situation in den letzten Tagen so entwickelt, daß wahrscheinlich die Schlachtsteuer nicht komme und auch nicht eingeführt werde. In einer weiteren Notiz mit der Ueberschrift "Nationalsozialisten gegen die Schlachtsteuer", die mit den tatsächlichen Vorgängen im Haushaltsausschuß des Landtages auf gespanntem Fuß steht, werden nur die Nazis als diejenigen hingestellt, die durch ihr Eintreten die Einführung der Schlachtsteuer zu Fall gebracht hatten. registrieren diese Tatsache über die sonderbare Berichterstattung dieser Unternehmerzeitung und überlassen es unseren Lesern, sich ihre Meinung dazu zu bilden.

Die Gewerbehygiene und ihre Bedeutung

Auf der Tagung der Gesellschaft für Gewerbehygiene am 12. Mai in Berlin wurden wiederum sehr wichtige Themen über die Gewerbehygiene behandelt. Wegen seiner hohen Verdienste um die Durchsetzung der Gewerbehygiene wurde dem bayerischen Landesgewerbearzt Prof. Dr. Koelsch die goldene Medaille verliehen.

Vom Leiter der bayerischen Gewerbeaufsicht, Ministerialrat Dr.-Ing. Kleve, München, wurde die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene vom Standpunkt der Arbeitsschutzbehörde und Gewerbeaufsicht in einem ausgezeichneten Vortrage behandelt. Lazu vertrat den Unternehmerstandpunkt Dr. von Bonim, Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Siemens & Halske A.-G., als Arbeitnehmer sprach Genosse Haupt, Vorstandsmitglied im Fabrikarbeiter-Verband und als Volkswirtschaftler Geheim. Rat Prof. Dr. Zwiedineck-Südenhorst, München. Die Referate füllten fast die ganze Tagung aus, so daß für die Diskussion eine sehr knapp bemessene Zeit übrig blieb, in der Kollege Sachs vom ADGB. die Einstellung der Gewerkschaften zur Gewerbehygiene vertrat und Kollege Bosse auf unsere Sonderwünsche einging.

Ob dadurch die Tagung ihren Zweck erfüllt hatte, mag dahingestellt bleiben. Nach unserer Meinung wird es zweifellos für die Verhandlungsteilnehmer besser wirken, wenn ein Thema von einem Referenten und Korreferenten beleuchtet wird. Besonders können wir den Ausführungen des letzten Referenten nicht zustimmen, der sich vielfach in den politischwirtschaftlichen Gedanken der Faschisten bewegte. Wohl ist verständlich, daß die Gesellschaft für Gewerbehygiene in ihrer paritätischen Zusammensetzung nicht allein nur die Einstellung der Arbeiterschaft vertreten kann, aber immerhin ist ihr Tätigkeitsgebiet in der Hauptsache im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gelegen. Diese Tatsache wurde besonders von Ministerialrat Dr.-Ing. Kleve hervorgekehrt, auf dessen Vortrag wir später noch zurückkommen werden.

In der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges können von der Gesellschaft für Gewerbehygiene nicht viel praktische Arbeiten durchgeführt werden. Letzten Endes hängt auch der Ausbau der Gewerbehygiene von der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Industrie ab. Wohl könnte in hygienischer Hinsicht, in bezug auf Verbesserungen des Arbeitsschutzes mit wenigen Ausgaben viel Gutes geschaften werden. wenn wir nicht allerorts in der gegenwärtigen Zeit die reaktionären Bestrebungen der Unternehmerorganisationen im Vordergrund sehen würden. Die angeschlossenen Gewerkschaften werden somit noch manches Hindernis überwinden müssen, um zur durchgreifenden praktischen Arbeit auf rascherem Wege wie bisher zu gelangen.

Nazis wollen keinen Tarifvertrag

Der Braunschweiger Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, ein eifriger Anhänger und Propagandist der Nazipartei, war bei dem Unternehmerverband wegen Neuabschlusses eines Tarifes vorstellig geworden. Der Syndikus dieses Verbandes erklärte ihm: "Was wollen Sie denn eigentlich, Herr Stein, Ihre Partei lehnt doch die Tarife ab. Als kürzlich der Leiter Ihrer Reichswirtschaftsabteilung, Herr Dr. Wagner aus München, in Braunschweig war, hat er in einer Sitzung mit hiesigen Wirtschaftsführern klipp und klar erklärt, daß die NSDAP. jeden Tarifablehne."

Für uns ist es nicht neu, daß die Unternehmer als Mitglieder der Nazi-Partei heute genau noch so strikte Gegner des Tarifvertrages sind wie vor dem Kriege, als sie noch der Konservativen Partei angehörten. Damals haben sich die Arbeiter die Anerkennung des Tarifvertrages mit schweren Opfern erkämpft und erreicht, daß sie gleichberechtigt an der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitwirken. Heute gibt es Arbeiter, die diese Errungenschaft preisgeben wollen, in dem Glauben, damit würde sich ihre Lebenslage bessern. Das

Gegenteil wird der Fall sein, deshalb muß alle Kraft dafür eingesetzt werden, die Tarifverträge zu erhalten.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ausschluß: Auf Antrag der Ortsgruppe Breslau wird Julius Keller, Molkereiarbeiter, geboren am 11. Juni 1888 in Mugnitz, Buchnummer 79 929, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Ausschluß. Auf Antrag der Ortsgruppe Greifswald wird Herbert Witzel, Bäcker, geboren am 4. Mai 1911 in Magdeburg, Buchnummer 31 376, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Warnung. Vor einigen Tagen gab ein Kollege, der sich Otto Klockenberg nannte und von Beruf Müller sein will, bei einer Ortsgruppe an, daß ihm sein Mitgliedsbuch Nr. 2104, ausgestellt 1903 in Hamburg, gestohlen worden sei. Es wurde ermittelt, daß es die angegebene Heinestraße in Hamburg, in der zuletzt die Beiträge geleistet worden seien, seit 1910 nicht mehr gibt. Der Kollege versucht, ohne Mitgliedsbuch Unterstützung zu erhalten. Es handelt sich hier zweisellos um einen Schwindler. Es ist damit zu rechnen, daß er in a leren O-tsgruppen wieder etwas anderes angibt, um Unterstütz......g zu bekommen. - Deshalb wird dringend ersucht, Mitglieder ohne Mitgliedsausweise wie Unorganisierte zu behandeln, und wenn Mitgliedsausweise vorgezeigt werden, diese auf ihre Echtheit zu prüfen. Soweit Zweifel darüber bestehen, sind die Ausweise abzunehmen und dem Verbandsvorstand zuzuleiten. Der Verbandsvorstand.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 13. Mai bis 19. Mai 1932.

Postscheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Bochum 922,78, Grünstadt 22,47, Potsdam 23,75, Rotthalmünster 25,00, Salzungen 106,68, Schwenningen 3.50, Tuttlingen 58,13, Landshut 485.00, Quedlinburg 100,00, Dessau 85,64, Lübeck 27,16, Andernach 262,34, Aschaffenburg 954,26, Breslau 108,92, Danzig 4057,50, Dessau 961,00, Göppingen 237,48, Hagen 300,07, Hameln 285,97, Höchst 43,80, Lauterbach 2,40, Luckenwalde 343,83, Offenbach 5,00, Oldenburg 1400,00, Osnabrück 1,50, Pirmasens 63,50, Saarbrücken 2484,10, St. Ingbert 1,50, Stolp 41,00, Stralsund 14,73, Unruhstadt 17,45, Bielefeld 114,96, Merseburg 350,00, Mainz 93,60, Berlin 51,80, 13,65, Halberstadt 2091,95, Hannover 9093,35, Kiel 2853,81, Uetersen 150,00, Regensburg 20,00, Kottbus 28,64, Eßlingen 106,95, Mühlhausen 250,00, Essen 5,00, Dessau 529,90, Elmshorn 377,10, Erfurt 1777,28, Gera 795,78, Aachen 133,89, Annaberg 100,00, Augsburg 3733,42, Bautzen 627,18, Bayreuth 20,00, Braunrchweig 4626,40, Bützow 42,83, Heilbronn 1610,80, Karlsruhe 3290,22, Kottbus 1500,00, Kulmbach 1550,74, Landshut 1589,30, Neustadt (Haardt) 463,22, Nürnberg 158,01, Pfullingen-Reutlingen 93,87, Saalfeld 2560,53, Schneidemühl 43,79, Stettin 6147,35, Zwickau 1870,54.

Sonstiges.

Berlin 38.72, Augsburg 2000,00, Ricsa 500,00, Judendorf 1,00, Berlin 147.84, 250,00, 3.40. Mannheim 120.00, Luckenwalde 5762,50, Monheim 67.20, Leipzig 1,35.



Danzig. Aus dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht der Handwerkskammer ersehen wir auch Angaben über das Fleischergewerbe. Es wurden im Verwaltungsjahr 1931/32 von der Handwerkskammer 579 Fleischereibetriebe mit 588 Gesellen und 262 Lehrlingen ermittelt. Davon befinden sich in der Stadt Danzig 389 Betriebe mit 460 Gesellen und 180 Lehrlingen. Daran knüpft die "Fleischer-Verbands-Zeitung" die Bemerkung, die Zahlen lassen erkennen, daß von einer Lehrlingszüchterei, die von nicht mit den Verhältnissen im Fleischergewerbe vertrauten Kreisen auch uns zum Vorwurf gemacht worden ist, im Danziger Fleischergewerbe nicht die Redesein kann.

Wir bewundern die Naivität des Unternehmerorgans, denn wir sind der Ansicht, daß tatsächlich im Fleischergewerbe des Freistaats Danzig für den Nachwuchs überreichlich gesorgt ist. Wenn bei einer dreijährigen Lehrzeit jedes Jahr 90 Lehrlinge in den Gesellenstand übertreten und in sechs Jahren die vorhandene Gesellenschaft vollständig erneuert werden kann, dann gehört doch große Unwissenheit dazu, wenn behauptet wird, es sei von einer Lehrlingszüchterei nicht die Rede. Bei der Aussichtlosigkeit zum Selbständigwerden, die doch auch hier vorhanden ist, wird ein großer Teil der Fleischergesellen gezwungen, weil sie von dem Nachwuchs verdrängt werden, in ihren älteren Janren aus dem Beruf abzuwandern. Bei jeder Gelegenheit versucht das Unternehmertum, von den Behörden Hilfe zu erhalten, wenn sich aber die Handwerkergesellen gegen einen Zustand wehren, der sie früher oder später brotlos machen muß, dann hat die Unternehmerpresse sogar noch den Mut, dagegen Sturm zu laufen.

Darmstadt. ["Belohnte" Meistertreuen.] Bei den Erfolgen der Nazis durften die meistertreuen Gehilfen in der Nahrungsmittel-Industrie (Bäcker, Metzger, Konditoren u. n. a. m.), vor allen Dingen nicht fehlen. Die Meister dieser Berufe sind selbst Anhänger und Förderer der Naziflut und unterstützen sie finanziell Bestrebungen unsererseits, die Jungkollegen unserer Organisation zuzuführen, wurden oft vereitelt, an dem "stolzen" Bewußtsein dieser jungen Menschen, nun als Anhänger der Hitlerpartei besondere Romantik und Abenteuer erleben zu könen. Insbesondere konnten wir feststellen, daß die Jünger der Metzgerzunft in Berufskleidung besondere hervortraten. Bei der SA. wurden von ihnen besondere

Formationen zum "Umlegen" gebildet. der "verdiente" Lohn ließ nicht allzu lange auf sich warten. Wir lesen:

Ein Ehepaar, das eine gutgehende Metzgerei besaß. aber durch die allgemeine Wirtschaftsnot und auch durch eigenes Verschulden in schleehte Verhältnisse kam, stand vor einem Bezirksschöffengericht, angeklagt wegen Betrugs. Sie wußten beide, daß einer ihrer Metzgerburschen Ersparnisse hatte, und als sie einmal in großer Geldverlegenheit waren, pumpten sie den jungen Mann um 500 Mk. an; sie versprachen, das Geld am nächsten Tag zurückzugeben. Sehr viel später erst erhielt der junge Mann das Geld in Form eines Wechsels. Inzwischen machten sie bei dem Gesellen einen zweiten Pump um wiederum 500 Mk. Diesmal verlangte er Sicherheit und er erhielt die Ladenkasse übereignet - aber diese wertvolle Registrierkasse war bereits einem anderen Gläubiger übereignet gewesen. Schließlich gab der Geselle noch 60 Mk. gegen einen Scheck, der ohne Deckung war. Außer 500 Mk. verlor der junge Mann, der sein Geld bitter nötig brauchte. da er ein eigenes Geschäft gründen wollte, 300 Mk. die ihm die Arbeitgeber an Lohn schuldig blieben. Das Bezirkschöffengericht verurteilte die beiden Angeklagten nur wegen des geschilderten zweiten Falles, und zwar zu Gefängnisstrafen von je sechs Wochen. Es sah davon ab, die Versehlungen mit Geldstrafen zu sühnen, weil der im Geschältsleben notwendige Treu und Glauben von den Angeklagten mit Füßen getreten wurde, und weil die Angeklagten zum Nachteil eines ihnen vertrauenden Angestellten gehandelt hatten. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte Gefängnisstrafen von zwei Monaten zwei Wochen beantragt,

Werden daraus die Kollegen Lehren ziehen?

Franklurt a, M. (Kein weiterer Lohnabbau bei den Konditoren.) Die Lohnabbauwelle muß zum Stillstand kommen, wenn sie nicht di Arbeiterschaft in ihrer Existenz vollständig vernichten soll und dami: der Wirtschaft den allerschlechtesten Dienst erweist. Dieser richtige Gedanke scheint, wenn auch nur zögernd und vereinzelt, in Handwerkerkreisen an Boden zu gewinnen. Die immer schärfer hervortretende Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen macht sich auch im Konditorgewerbe bemerkbar. Die einseitige Parole Lohnabbau regt zum Nachdenken an und erinnert an den ausgeschöpften Brunnen, in dem das Wasser versiegt ist und alle verdursten müssen. Nur der Kreislauf des Geldes bürgt für ein normales Funktionieren des Wirtschaftslebens. In diesem Sinne soll die nachfolgende Vereinbarung über die zukünstige Lohngestaltung für das Konditorei- und Caféliausgewerbe gewertet werden.

"Zwischen der Konditoren-Zwangs-Innung Frankfurt a. M. und dem Verein der Caféhausbesitzer Frankfurt a. M. und Umgebung und dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Frankfurt a. M., wird bezüglich der Löhne, der in den Konditoreien und Cafés beschäftigten Konditorgehilfen folgendes vereinbart:

Das von den beiden Arbeitgeberorganisationen zum 30. April 1932 gekündigte Lohnabkommen wird im Einvernehmen mit der Arbeitnehmerorganisation von Monatsschluß zu Monatsschluß verlängert, und zwar so lange, bis von den beiden Tarisparteien eine neue Vereinbarung bezüglich der Löhne getätigt wird."

Möge bald der Tag kommen, an dem unsere Kollegen Gelegenheit nehmen können, nach der Lohnabbauperiode mit aller Kraft und Einigkeit den Lohnaufbau zu führen.

Gera. Jetzt wissen wir es, warum die Nazis ihre Betriebszellen aufzichen — weil die freien Gewerkschaften die Kapitalisten nicht mehr bekämpfen. Diese Weisheit konnte man in einer Nazi-Betriebszellenversammlung für die Beschäftigten der Firma Karl Oertel, Wurstfabrik in Gera, hören. Dabei scheinen aber die Arbeiterinnen der Firma und unsere ehemaligen Kollegen ganz zu übersehen, daß sie nur durch das Treiben von Oertel, der strammer Nazi ist, sich dieser Nazizelle angeschlossen haben.

Recht hat es wohl nicht gepaßt, daß sich auch die Organisierten mit ihrem Kollegen Bock eingefunden hatten, der die Ausführungen der beiden Naziredner ins rechte Licht rückte. Oertel als Kapitalist wollte auch teilnehmen; ihm hat jedoch die Polizei nicht gefalien, die zur Versammlungsüberwachung da war — denn da konnte ja Oertel nicht wie im Betrieb mit der Kinderpistole herumrennen und knallen und seinen Volksgenossen zeigen, wie die anderen erschossen werden. Unseren Kolleginnen und Kollegen bei Oertel rufen wir zu: Hinein in den Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter! Denn nur die freien Gewerkschaften kämpsen für eure Rechte.

Waldenburg. Welche unehrlichen Agitationsmethoden die Nazis anwenden, zeigt folgender Vorfall.

Erscheinen da drei Tage vor der Wahl drei in vollem SA.-Dreß mit dem Hakenkreuz geschmückte Jünglinge bei einem kleineren Landwirt, legten ein Aktenstück auf den Tisch und fragten: "Wie groß ist Ihre Wirtschaft, wieviel Stück Rindvieh haben Sie, wie hoch ist die Belastung, wieviel Pferde haben Sie usw. usw. Als der Besitzer die Belastung mit über 3000 Mk. angibt und erklärt, kein Pferd zu besitzen, da werden die Jünglinge ganz aufgeregt. Der eine erklärt: "Wie können Sie ohne Pferd überhaupt arbeiten? Die Belastung ist untragbar!" während der andere zum "Listenführer" im Kommandoton: "Schreiben Sie: der Besitzer N. N. erhält nächste Woche ein Pferd (also nach der Wahl); im Grundschuldbuch sind 2000 Mk. zu streichen. Natürlich hat das Bäuerlein seine Stimme für das Dritte Reich abgegeben.

Inzwischen ist ihm aber, da das Pferd ausblieb, eine kleine Erleuchtung gekommen, nämlich, daß er ganz abdeseimten Schwindlern in die Hände gefallen ist; die Hakenkreuzler sind für ihn erledigt.

Auch andere Landwirte haben für Hitler gestimmt. So führte gesprächsweise ein Landwirt aus: "Jawohl, ich habe auch für Hitler gestimmt, denn wenn er die Mehrheit bekommen hätte, dann wären die Schulden gestrichen worden, die Steuern fielen weg, und die Düngemittel hätten wir umsonst geliefert bekommen!" - Gegen die Dummheit gibt es anscheinend kein Mittel.

Gewerkschaftliche Rundschau

Heinrich Hansmann t. Der Bergarbeiterverband hat abermals einen schweren Verlust zu beklagen. Der Mitbegründer des Verbandes, Heinrich Hansmann, ist nach schwerer Krankheit im Alter von 71 Jahren aus dieser Welt geschieden. Mit Hansmanns Leben ist eng verknüpft der glänzende Aufstieg des Bergarbeiterverbandes. Als im Jahre 1889 die Bergarbeiter in allen Revieren sich gegen die grenzenlose Unterdrückung und Ausheutung auflehnten und zur Waffe des Streikes erissen, ist es Hansmann gewesen, der sich an die Spitze der Bewegung stellte und durch seinen unermüdlichen Arbeitseifer die Grundlage für den organisatorischen Zusammenschluß legte. Er wurde zum Vertrauensmann dewählt und als solcher wiederholt gemaßregelt. In den schweren Jahren vor der Jahrhundertwende ist es ihm zu verdanken gewesen, daß die Organisation nicht vollständig vernichtet wurde. Im Verbande als Bezirksleiter angestellt wurde Hansmann im Jahre 1905, nach dem Streik der Ruhrbergleute, in dem er seine Stellung verlor. 21 Jahre bekleidete er dieses Amt. Daneben ist er innerhalb der Partei, der Genossenschaftsbewegung, der Knappschaftsversicherung unermüdlich tätig gewesen. Bei der Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung wurde er Abgeordneter des Reichsparlaments, Er gehörte auch dem ersten Reichstag an. Das Leben Hansmanns ist im wahrsten Sinne des Wortes Kampf gewesen, sein Andenken wird deshalb in der Arheiterbewegung für alle Zeiten in Ehren gehalten werden.

Theodor Leipart 65 Jahre alt. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Theodor Leipart, vollendete am 17. Mai sein 65. Lebensjahr. Kollege Leipart ist von Beruf Drechsler. Schon in jungen Jahren hat er innerhalb seiner Organisation eifrig für die Ziele der Arbeiterbewegung gearbeitet. In enger Verbundenheit mit dem verstorbenen Kollegen Karl Legien half er am Ausbau und Aufbau der Drechslerorganisation. Durch seinen Arbeitseifer wurde er sehr bald Redakteur und später Vorsitzender seiner Fachorganisation. Bei der Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband im Jahre 1893 wurde er zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Als Vorsitzender des ADGB, wurde Leipart nach Legiens Tod im Jahre 1921 gewählt. Mit Umsicht und auch von den Gegnern der Arbeiterbewegung anerkannten Sachlichkeit übte er dieses Amt aus. Daneben ist er als erster Vorsitzender des Vorläusigen Reichswirtschaftsrates und der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten tätig. Im IGB, bekleidet er das Amt des Vizepräsidenten. Unseren Geburtstagsglückwunsch verbinden wir mit der Hoffnung, daß ihm seine Schaffenskraft noch lange erhalten bleiben möge.

Tarifabschluß im Buchdruckgewerbe. Nach zweimonatiger sehr konfliktreicher Verhandlung ist es dem Verband der Deutschen Buchdrucker gelungen, den von den Unternehmern gekündigten Lohn- und Manteltarifvertrag zu erneuern. Der Lohntarif ist ohne Aenderung bis auf weiteres wieder in Kraft getreten. Im Manteltarif sind unter dem Druck der Zeitverhältnisse Aenderungen eingetreten, die teilweise eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen bringen. Sie sind jedoch nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Viel wichtiger ist es, daß es gelungen ist, die ins Uferlose gehenden Abbauwünsche der Unternehmer abgewehrt zu haben. Ein den Unternehmerwünsch en Rechnung tragender Schiedsspruch ist nicht wirksam geworden. In freien Vereinbarungen unter Ausbietung aller Kräfte ist es dann zu einer Vereinbarung gekommen, die nur noch wenig von dem enthält, was sich die Unternehmer wünschten.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen. In der vorigen Woche tagte in Dresden der Verbandstag der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten. In einer ausgedehnten kritischen aber sachlichen Aussprache über die Lage des Verbandes wurden alle bisherigen Maßnahmen im Kampfe gegen die Auswirkungen der Krise geprüft und für gut befunden. Weitere Maßnahmen wurden erwogen. Die Verbandsverwaltung mit dem Vorsitzenden Saar wurde in geheimer Wahl einstimmig wiedergewählt. In einem Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage und die Arbeiterschaft setzte sich Reichstagsabgeordneter Tarnow mit der Krise und der durch sie verursachten wirtschaftlichen Welterschütterung auseinander. Ueber den Kampf um den Tarifvertrag sprach Neißer vom Verbandsvorstand. In einer dazu einstimmig angenommenen Entschließung wird das tariffeindliche Verhalten der Unternehmerorganisationen gegeißelt, und gegen die Versuche der Reichsregierung, die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen einzuschränken, protestiert. Ueber die Organisation der weiblichen Arbeitnehmer sprach Richter. Der Internationale Sekretär Ströhlinger referierte über die internationalen Beziehungen. Er legte Entschließungen vor, die die Beseitigung des Trinkgeldsystems und ein Verbot jedweder privater Arbeitsvermittlung forderten.

Unternehmertum

Brauereien unterstützen Nazis. Im Betrugsprozeß gegen den früheren Prokuristen Möbius der Felsenkellerbrauerei in Dresden, der zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, kam auch an die Oeffentlichkeit, daß der entlassene Direktor Kl pp., dem die Führung des Geheimbuchs der Firma i terstand, den Nationalsozialisten mit Hilfe des Geheimkontos große Zuwendungen gemacht hat.

Es würde sehr von Interesse sein, wenn auch in Erfahrung gebracht werden könnte, welche Summen der Nazidirektor seinen Parteigenossen zur Zertrümmerung der freien Gewerkschaften zukommen ließ. Ueber diese Feststellung wird sicher die Felsenkellerbrauerei nicht erfreut sein. Wir haben jedoch Veranlassung, auch diese Vorgänge unserer Kollegenschaft zu unterbreiten, denn bei allen unseren Tarif- und Lohnverhandlungen hören wir immer wieder das gleiche Klagelied, daß auch die Brauereien nicht in der Lage sind, die bestehenden Vertragsbestimmungen infolge des schlechten Geschäftsgangs aufrechterhalten zu können.

Allgemeine Rundschau

Sonne, Luit und Haus für alle. Unter diesem Namen ist am 14. Mai in Berlin eine Ausstellung eröffnet worden, die für sich in Anspruch nehmen darf, die volkstümlichste Veranstaltung zu sein, die Berlin bis jetzt erlebt hat. Es wird an Hand zahlreicher Beispiele gezeigt, wie der Hunger des Menschen nach Licht und Luft gestillt werden kann, wobei besonders darauf Wert gelegt wird zu zeigen, daß diesem Verlangen nach Licht, Luft und Haus keine unübersteigbaren finanziellen Hindernisse im Wege stehen. Auf 110 000 Quadratmeter Ausstellungsfreigelände werden 30 wachsende Häuser in verschiedensten Ausführungen, 25 Wochenendhäuser, 22 Kleingärten für die verschiedensten Verwendungszwecken sowie 22 Gartenhäuser in allen Preislagen gezeigt.

Die Eröffnungsansprache hielt der Dichter Gerhart Hauptmann, der in schlichten Worten die arbeitende Menschenhand seierte und feststellte, daß erst dann die Menschheit sich selbst voll gewürdigt haben wird, wenn die Hand aus dem Stand der Verachtung in den höchsten Adelsstand erhoben sein wird. Hinweisend auf das entstandene Werk sagte er, daß wir nicht warten können auf das tausendjährige Gottesreich, das aus der Erde ein Paradies zu machen verspricht. Die uns damit vertrösten, wissen von den schlichten Quellen der Freude, die uns überall fließen, nichts. Wir sind Menschen, freilich, und tragen das nicht immer leichte Menschenlos; aber wir wollen um so mehr von denjenigen Freudequellen Gebrauch machen, die schon heut bei einigem guten Willen allen gemeinsam sein können.

Die Eröffnungsfeier wurde umrahmt von tänzerischen Vorführungen vieler hunderter Kinder, die damit gleichzeitig zum Ausdruck brachten, daß der eigentliche Sinn und Zweck dieser Ausstellung der ist. Wege zu zeigen, um der heranwachsenden Generation den zu ihrer gesunden Entwicklung notwendigen Lebensraum zu schaffen. Krise und Notzeit werden diese Bestrebungen hemmen, nie aber aufhalten.

Internationales

Tagung des Vorstandes der IUL. Der Vorstand der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter hielt am 9. und 10. Mai in Luzern seine jährliche Sitzung ab. Am Erscheinen waren verhindert das dänische und das amerikanische Mitglied. In der Eröffnungsrede gedachte der Vorsitzende des seit der letzten Sitzung verstorbenen Vorstandsmitgliedes Bauers, des Führers des norwegischen Lebensmittelarbeiterverbandes Hansen und des Direktors des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas.

Der Tätigkeitsbericht des Sekretärs wurde zusammen mit einer Reihe interner Angelegenheiten diskutiert. Im Laufe des Jahres 1931 hat sich das Einflußgebiet der Internationalen Lebensmittelarbeiter-Union (IUL.) durch den Beitritt von Verbänden in Dänemark, Finnland, Jugoslawien und Palästina erweitert. Die Union zählt jetzt 34 Mitgliedsorganisationen aus 21 Ländern mit einem gesamten Mitgliedsbestand von 373000. Den ausgesperrten Mitgliedern in der dänischen Fleischindustrie sprach der Vorstand die Solidarität der Mitgliedschaft der gesamten Internationale aus und versicherte sie aller erforderlicher materieller und moralischer Unterstützung. Für den Wiederaufbau des Lebensmittelarbeiterverbandes in Finnland wurde ein Betrag von 5000 schwedischen Kronen zur Verfügung gestellt, wobei die hervorragende Solidarität der skandinavischen Verbände sich darin äußerte, daß sie die Hälfte dieses Betrages aufbringen wollen.

Der Vorstand nahm ferner Kenntnis von einem international angelegten Vorstoß der Genossenschaftsbewegung, um auf Umwegen zu einer Revision des internationalen Uebereinkommens betr. das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien zu gelangen. Beschlossen wurde, allen dahingehenden Bestrebungen energisch entgegenzutreten.

Der Entwurf des sozialen Programms des IGB. wurde kurz erörtert. Die IUL. wird dieses Programm in ihren Reihen popularisieren und prüfen, inwieweit es unter Berücksichtigung der Verhältnisse in der Lebens- und Genußmittelindustrie zu ergänzen ist.

Das Sekretariat erstattete einen Bericht über die wirtschaftliche Lage in der Lebens- und Genußmittelindustrie. Dabei wurde unterstrichen, daß diese Industrien in stärkerem Maße, als erwartet werden konnte, von der Krise in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Auf dem Gebiete der Löhne ist die Senkung der Nominallöhne stärker als die der Reallöhne. In der Tschechoslowakei und in Deutschland liegen letztere bereits unter dem Niveau von 1930, wobei die Lohnverluste infolge Kurzarbeit nicht berücksicht sind.

Aussperrung der Fleischer in Dänemark beendet. Am 12. Mai wurde die Aussperrung der Fleischer in Dänemark durch den Unternehmerbund beendet, nachdem sowohl die Unternehmer wie die Fleischereiarbeiter den Vermittlungsvorschlag des Schlichters angenommen hatten. Dieser Vorschlag enthielt, wie bereits mitgeteilt, einen Lohnabbau von zwei Kronen pro Woche. In der ersten Urabstimmung wurde der Vorschlag von den Unternehmern wie von den Arbeitern abgelehnt, aber nachdem neue Verhandlungen eingeleitet worden waren, und dis Unternehmer über den Ernst der Lage ins reine kamen, griff der Schlichter wieder in den Konflikt ein und stellte denselben Vermittlungsvorschlag, der nun von den Fleischereiarbeitern mit 3183 gegen 1469 Stimmen angenommen wurde, Von den Unternehmern wurde der Vorschlag mit geringer Mehrheit angenommen. Der Umschlag in der Stimmung ist hauptsächlich auf die wichtigen politischen Konsequenzen zurückzuführen, die sich drohend am Horizont auftürmten.

"Nach der Nacht der langen Messer, Blicke ins Dritte Reich". Verlag: Fr. Heine, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. 32 Seiten mit Umschlag. 1932. Preis 10 Pfennig.

Georg Straßer, der Apotheker und treuherzige Giftmischer des Faschismus, hat es seinerzeit in Franklurt a. d. O. liebenswürdig ausgeplaudert: "Nach dem vorbildlichen italienischen Muster werden die Nationalsozialisten 24 Stunden nach ihrer Machtergreifung den Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten . . . , wobei natürlich einige Zehntausende von marxistischen Funktionären zu Schaden kommen werden." Und Dr. Frick, der Putschexperte der streng Legalen, warf den knurrenden Raubtieren der SA, nachfolgenden rethorischen Bissen zu: "Die Nacht nach dem Siege gehört euch. SA.-Leuten, sie wird die Nacht der langen Messer sein." Mord, Totschlag und schrankenloser Terror, das ist die politische Erneuerungsdevise des Nationalsozialismus. Auch die eifrigste. Fabrikation sahrlässiger Hillereide kann diese Tatsache nicht erschüttern. Aber für wen propagieren die Nationalsozialisten den Bürgermord, in wessen Dienste schleisen sie die langen Messer der "Legalität"? Die 32 Seiten starke Broschüre "Nach der Nacht der langen Messer", instruktiv und eindringlich geschrieben, mit reichem Dokumentenmaterial aus Boxheimer und anderen Archiven ausgestaltet, zeigt es jedem in plasti-scher Klarheit: im Dienste schwerindustrieller Scharf- und Profitmacher, im Dienste der skrupello: esten sozialen und kulturellen Reaktion!

Die Wahrheit, die dieses Heft ausspricht, muß Hunderttausenden Verführten und Betrogenen die Augen öffnen. Jeder und jede liest die Broschüre: "Nach der Nacht der langen Messer."

Unser Kollege Hans Mayer wird nun von des Lebens stürmischer Fahrt mit seiner lieben Braut Liesi in dem sicheren Hafen der Ehe landen, wozu wir dem glücklichen Paar die besten Glückwünsche aussprechen. 5,40]

Die Belegschaft der Brauerei Valley, München واستنه بمسته بمسته بمسته بمسته وستنه وستنه وستنه بمسته وستنه وستنه وستنه

Danksagung!

Für die mir anläßlich meines 25 jährigen Dienstjubiläums dargebrachten Glückwünsche und Blumenspenden sage ich allen Verbandskolleginnen und -kollegen meinen herzlichsten Dank. K. Huber, Köln

Unserm Koll, Christian Gerwing nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1, Die Kollegen der Futtermühle Müller & Inholfen, Neuß

Unserm lieben Kollegen Paul Gehrmann und seiner lieben Braut zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Ortsgruppe Allenstein

Unsern Mitgliedern und Kollegen Peter Schumacher, Johann Frenkel, Nikolaus Weiler, Fritz Gerlach zu ihrem 25 jährigen Arbeitsjubiläum in der Schultheiß-Brauerei Weißenthurm die herzlichsten Glück-

Die freiorganisierten Kollegen der Schultheiß-Brauerei. Die Ortsgruppe Koblenz

Unserm Mitglied und Kollegen Karl Fleck zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum in der Brauerei Hünermann die herzlichsten Glück-

Die freiorganisierten Kollegen der Brauerei Hünermann, Sayn. Die Ortsgruppe Koblenz

Unserm lieben Kollegen und Kassierer Hans Ruckdäschel nebst seiner lieben Gemahlin zu der am 8. Mai stattgefundenen Silberhochzeit noch nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2.10 Ortsgruppe Hof

Unseren werten Koll. Heinrich Pape und Heinrich Günther zu ihrem Arbeitsjubiläum am 22. April 1932 die herzlichsten nachträglich Glückwünsche. [1,80 Ortsgruppe Göttingen

Unserm Kollegen Erich Lauerwald und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zu ihrer Vermählung. [1,50 Ortsgruppe Hadmersleben

Unserm Kollegen Ferdinand Heil zu seinem 25 jährig. Arbeitsjubiläum und nachträglich unserm Kollegen Konrad Döhler in der Brauerei C. W. Kipper die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Brauerei C. W. Kipper. Die Ortsgruppe Solingen-Remscheid.

ويستسير يستنس بمستسر ويستسي والمستسير والمستس Unserm lieben Jubelpaare, dem Kollegen Karl Schulz nebst Frau, die herzlichsten Glückwünsche zur goldenen Hochzeit. Ortsgruppe Frankfurt a. d. Oder Unserm Kollegen Backmeister

Gustav Grube und seiner lieben Frau die herzlichst. Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. Die Beschäftigten

der Konsumgenossenschaft "Einigkeit". Ortsgruppe Solingen-Remscheid.

Unserm werten Mitglied Friedrich Meyer, Bierfahrer, Hofbrau AG. Coburg, zu seinem 25 jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten [1,80 Ortsgruppe Coburg Glückwünsche.

Unserm Kollegen Heinrich Keil und seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen vom Etgerleben

Ortsgruppe Magdeburg

UnsermKollegen Willi Neuhausen und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegen der Sieg-

Rheinischen-Germania-Brauerei Zahlstelle Wissen Ortsgruppe Solingen

Nachruf!

Am 9. Mai verstarb nach langem schwerem Leiden, unser lieber Kollege

Heinrich Gehb Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

die Kollegen [3.90 der Ortsgruppe Schleswig

Nachruf! Am 10. Mai starb unser lieber Arbeitskollege

Anton Wirket Ein ehrendes Andenken bedie Ortsgruppe Passau

Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

auencech

JAROSLAV HÄSEK:

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

20. Fortsetzung.

Er hatte die Handelsakademie absolviert und als Eigjährigfreiwilliger gedient. Und war im Wechselrecht und in Wechseln so gut bewandert, daß die Firma Katz u. Co. in diesem einen Jahre einen glorreichen und großartigen Bankrott machte und der alte Herr Katz nach Nordamerika reiste, nachdem er irgendeinen Ausgleich mit seinen Gläubigern durchgeführt hatte, ohne Wissen der letzteren und seines Gesellschafters, der nach Argentinien auswanderte.

Als also der junge Otto Katz uneigennützig Nord- und Südamerika mit der Firma Katz u. Co. beschenkt hatte, befand er sich in der Situation eines Menschen, der kein Erbteil zu erwarten hat, nicht weiß, wohin er seinen Kopf betten soll und sich beim Militär aktivieren lassen **ա**սß.

Vorher aber dachte sich der Einjährigfreiwillige Otto Katz etwas Ausgezeichnetes aus. Er ließ sich taufen. Er bekehrte sich zu Christus, damit ihm dieser helfe Karriere zu machen.

Er bekehrte sich zu ihm mit dem restlosen Vertrauen, daß dies eine geschäftliche Angelegenheit zwischen ihm und Gottes Sohn sei.

Er wurde feierlich in Emaus getauft. Pater Alban tauchte ihn ins Taufbecken. Es war ein wunderbares Schauspiel, ein frommer Major des Regiments, bei dem Otto Katz diente, war dabei, dann eine alte Jungfer aus dem Adligenstift auf dem Hradschin und irgendein großmäuliger Vertreter des Konsistoriums, der sein Pate

Die Offiziersprüfung fiel gut aus und der neue Christ Otto Katz blieb beim Militär. Anfangs schien es ihm, daß es gut gehen würde, er wollte sogar mit dem Studium des Stabskurses beginnen.

Aber eines Tages betrank er sich und ging ins Kloster, ließ den Säbel und griff zur Kutte. Er war beim Erzbischof auf dem Hradschin und gelangte ins Seminar. Bevor er die Weihen empfing, betrank er sich bis zur Bewußtlosigkeit in einem sehr anständigen Hause mit Damenbedienung hinter "Wejwoda" und ging geradewegs aus dem Taumel der Wollust und Unterhaltung hin, um die Weihen zu empfangen. Nach der Einweihung ging er zu seinem Regiment, um sich Protektion zu verschaffen, und als er zum Feldkuraten ernannt wurde, kaufte er Pferde, fuhr in Prag herum und beteiligte sich lustig an allen Gelagen der Offiziere seines Regiments.

Auf dem Gang des Hauses, wo er wohnte, wurden häufig Flüche unbefriedigter Gläubiger laut. Er führte auch Straßenmädchen in seine Wohnung oder ließ sich sie von seinem Burschen holen. Sehr gern spielte er Färbl und es gab auch Vermutungen und Annahmen, daß er falsch spiele, aber niemand konnte ihm nachweisen, daß er in dem weiten Aermel seines Militärpriesterrockes ein Aß versteckt habe. In Offizierskreisen nannte man ihn den Heiligen Vater.

Für die Predigten bereitete er sich niemals vor, worin er sich von seinem Vorgänger unterschied, der gleichfalls den Garnisonsarrest besucht hatte. Das war ein Mensch, der mit der fixen Idee behaftet war, die im Garnisonarrest eingesperrte Mannschaft ließe sich von der Kanzel herab bessern. Dieser ehrenwerte Kurat verdrehte fromm die Augen und setzte den Arrestanten auseinander, daß eine Reform der Huren und eine Reform der Fürsorge für unverheiratete Mütter erforderlich sei und sprach auch von der Erziehung unehelicher Kinder. Seine Predigt hatte einen abstrakten Charakter, hatte nichts gemein mit der augenblicklichen Situation, sie langweilte.

Feldkurat Otto Katz dagegen hielt Predigten, auf die sich alle frauten.

Es war ein feierlicher Augenblick, wenn man das Zimmer "Nummer sechzehn" in Unterhosen in die Kapelle führte, denr die Arrestanten ankleiden zu lassen, ware mit dem Risiko verbunden gewesen, daß einer von ilmen hätte ausbrechen können.

Diese zwanzig weißen Unterhosen und Engel stellte man unter die Kanzel. Einige von ihnen, denen Fortuna lächelte, verbargen im Munde Zigarettenstummel, die sie unterwegs gefunden hatten, denn sie hatten - naturgemaß - keine Taschen und konnten sie nirgends verstecken.

Um sie herum standen die anderen Arrestanten des Garnisonarrestes und ergötzten sich an den zwanzig Unterhosen unter der Kanzel, auf die der Feldkurat, mit den Sporen klirrend, hinaufkletterte.

"Habt acht!", schrie er, "zum Gebet, alle mir nach, was ich sagen werde! Und du hinten, du Lump, schneuz dich nicht in die Hand, du bist im Tempel Gottes, oder ich laß dich einsperren. Ob ihr wohl, ihr Saukerle, noch nicht das Vaterunser vergessen habt? Also probieren wir's. - - No, ich hab gewußt, daß es nicht gehn wird. Woher denn das Vaterunser, ja, so zwei Portionen Fleisch und Bohnensalat auffressen, sich aufs Kavalet auf den Banch legen, in der Nase bohren und nicht an Gott denken, das war was, - hab ich nicht recht?"

Er blickte von der Kanzel berab auf die zwanzig weißen Engel in Unterhosen, die sich ebenso wie alle anderen vortrefflich unterhielten. Hinten spielte man "Maso".*)

Frauenarbeit in der Nachkriegszeit

Im Zeitalter der modernen Industrie und der fortwährenden Neuerungen auf technischem Gebiet ist die Frau in einem früher nie gekannten Umfange in das Wirtschaftsleben eingedrungen. Die Zunahme der Frauenarbeit seit dem Uebergang der Handwerksbetriebe zur Großindustrie ist so bedeutend, daß sie weit die Zunahme der männlichen Arbeits-

kraft übersteigt.

Im Maiheft der "Internationalen Rundschau der Arbeit" wurde von Antonia Valentin der Versuch unternommen, über die Entwicklung der Frauenarbeit in der Nachkriegszeit einen Aufschluß zu geben. Sie kommt dabei zu folgenden bemerkenswerten Ergebnissen: Im größeren Umfange erfolgte die Zunahme der Frauenarbeit seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert. In den Vereinigten Staaten vergrößerte sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen in der Zeit von 1870 bis 1880 um 43,2 Proz., hingegen stieg aber die weibliche Bevölkerung in der gleichen Zeit nur um 31,6 Proz. Im folgenden Jahrzehnt ist das Eindringen der Frauen in die Erwerbstätigkeit noch auffallender. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen nimmt um 54,4 Proz. zu. während bei der weiblichen Bevölkerung nur eine Zunahme um 25,5 Prozent zu verzeichnen ist. In Frankreich waren 1866 gegen Entgelt 4,6 Millionen Frauen beschäftigt. Der Anteil der Frauenarbeit in Deutschland betrug 1882 5,5 Millionen erwerbstätige Frauen, ungefähr ein Viertel der gesamten weiblichen Bevölkerung. 1895 war diese Zahl bereits auf 6,5 Millionen und 1907 auf 9,4 Millionen oder um 30 Proz. der weiblichen Bevölkerung angewachsen. Viel langsamer erfolgte die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit im Vergleich zu den drei vorgenannten Staaten in England. Sie stieg von 4 Millionen im Jahre 1891 auf 4,1 Millionen im Jahre 1901. Dieses bedeutet sogar eine relative Verringerung in Anbetracht der Bevölkerungszunahme von 26,9 auf 24,8 Proz. bei den erwerbstätigen Frauen. Einen sehr großen Anteil der Frauenarbeit wiesen damals schon Italien und Oesterreich auf, dort hat sie jedoch in letzter Zeit stark abgenommen.

Allgemein ist für 1920 bis 1921 festzustellen, daß von 18 miteinander vergleichbaren Staaten die Frauenerwerbsarbeit in sechs Staaten zugenommen hat, in allen übrigen Ländern dagegen hat sie nachgelassen. Im größten Umfange ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Deutschland um 5,2 Proz. angewachsen. Die Vereinigten Staaten weisen einen Zuwachs von nur 2,2 Proz. auf, die Schweiz von 2,8 Proz., dagegen hat die Frauenerwerbsarbeit abgenommen in Oesterreich um 12,6 Proz., in Belgien um 7,9 Proz., in Dänemark um 10,1 Proz. und in Ita-

lien um 5,6 Proz.

Die größte absolute und relative Zunahme der Frauenerwerbsarbeit ist in

Deutschland sestzustellen. Hier stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 8,5 Millionen im Jahre 1907 auf 11,5 Millionen im Jahre 1925, anteilig von 30,4 Proz. auf 35,4 Proz. der Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung. Seit dieser Zählung ist eine weitere Erhöhung der Zahl der erwerbstätigen Frauen eingetreten. Den höchsten Hundertsatz der erwerbstätigen Frauen und auch die größte Zahl erwerbstätiger verheirateter Frauen weist Frankreich auf, 1906 waren 6,6 Millionen Frauen beschäftigt. 1921 bereits 7,4 Millionen einschließlich Elsaß-Lothringen. Nach der letzten Volkszählung im Jahre 1926 ist diese Zahl auf 7,8 Millionen gestiegen. In derselben Zeit nahm die Bevölkerung um eine halbe Million zu.

Zuerst wurden die Frauen in der Landwirtschaft beschäftigt, das läßt sich deutlich durch die Unterschiede zwischen einzelnen österreichischen Provinzen beweisen, wo nach der Zählung von 1923 in Wien 48,2 Proz., in Niederösterreich 65,7 Proz., in Tirol 67,27 Proz. und in Kärnten sogar 71,97 Proz. der Frauen in erwerbsfähigem Alter beschäftigt

Durch die sich ausbreitende Industrialisierung boten sich den Frauen neue Arbeitsmöglichkeiten. Demnach müßte sich eine Veränderung in der Art der Frauenarbeit ergeben haben, die auch tatsächlich eingetreten ist. In den Vereinigten Staaten waren 1910 noch 22,4 Proz. aller erwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft beschäftigt, ihr Anteil fiel 1920 auf 12,7 Proz., in Deutschland waren 1926 4,96 Millionen Frauen in der Landwirtschaft tätig, der Anteil im Vergleich mit der Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen fiel von 47 Proz. im Jahre 1907 auf 43,3 Proz. im Jahre 1925. Das gleiche ist für Frankreich und für England festzustellen. Auch ist in fast allen Ländern die Zahl der als Hausgehilfen beschäftigten weiblichen Personen zurückgegangen.

Wenn jedoch überprüft wird, welchen gewerblichen Berufen sich die früher in der Land- und Hauswirtschaft tätigen Frauen zugewandt haben, so ergibt sich für Deutschland, wo während der letzten 20 Jahre so tiefgehende wirtschaftliche Veränderungen vor sich gegangen sind, daß die Zunahme der Frauenarbeit in den gewerblichen Berufen kaum der allgemeinen Bevölkerungszunahme entspricht, so daß hier von einer plötzlichen Ueberflutung des Arbeitsmarktes durch die Frauen nicht gesprochen werden kann. Wohl haben die Berufe der Textil- und Bekleidungsindustrie eine starke Steigerung der Frauen-

arbeit aufzuweisen.

Nach dieser Darstellung kann wohl behauptet werden, daß die Frauenarbeit in der Nachkriegszeit nicht in ungewöhnlich großem Maße zugenommen hat, dennoch bleibt die starke Ueberflutung der Frauenarbeit in einzelnen Berufsgruppen bestehen.

这一个人,我们就是我们的一个人,我们就是我们的人,我们就是我们的人,我们就是我们的人,我们也没有一个人,我们也没有一个人。" "我们是我们的我们,我们们就是我们的人,我们就是我们的人,我们就是我们的人,我们就是我们的人,我们就是我们的人,我们就是我们的人,我们就是我们的人,我们就是我们

"Das is sehr fein", flüsterte Schwejk seinem Nachbar zu, auf dem der Verdacht haftete, er habe für drei Kronen seinem Kameraden mit einer Axt alle Finger an einer Hand abgehackt, um ihn vom Militär zu befreien.

"Es kommt noch", lautete die Antwort, "heut is er wieder ordentlich besoffen, da wird er wieder vom dornigen Weg der Sünde quatschen."

Der Feldkurat war heute wirklich ausgezeichnet gelaunt. Er wußte selbst nicht, warum er dies tat, aber er beugte sich fortwährend von der Kanzel herab und hätte beinahe das Gleichgewicht verloren und wäre hinuntergefallen.

"Singt etwas, Jungens", schrie er herunter, "oder wollt ihr, daß ich euch ein neues Lied lern? Also singt mit mir:

> Von allen doch am liebsten hab ich die Liebste mein. geh zu ihr nicht allein. Viele seh ich zu ihr gehen und um ihre Liebe flehen, und wer ist denn meine Liebste? Die Jungfrau Maria.

Ihr werdeis nie erlernen, ihr Klacheln", fuhr der Feldkurat fort, "ich bin dafür, euch alle zu erschießen, versteht ihr mich gut? Ich behaupte es von dieser göttlichen Stelle herab, ihr Taugenichtse, denn Gott ist etwas, was sich nicht vor euch fürchtet und was mit euch umspringen wird, bis ihr davon blöd sein werdet, denn ihr zögert euch Christus zuzuwenden und geht lieber auf dem dornigen Weg der Sünde."

"Da is es schon, er is ordentlich besoffen", flüsterte freudig der Nachbar Schweiks.

"Der dornige Weg der Sünde, ihr vertrottelten Klacheln, ist der Weg des Kampfes mit dem Laster. Ihr seid verlorene Sohne, die sich lieber im Einzel wälzen, als zum Vater zurückzukehren. Richtet euren Blick nur weiter und höher in die himmlischen Fernen und ihr werdet siegen und Frieden wird sich in eure Seele senken, ihr Lauskerle. Ich möcht mir ausbitten, daß dort hinten jemand schnaubt. Er ist kein Pferd und ist nicht in einem Stall, sondern im Tempel Gottes. Drauf mach ich euch aufmerksam, meine Lieblinge. So, wo hab ich denn aufgehört. Ja, über den Seelenfrieden, sehr gut. Merkt euch, ihr Rindviecher, daß ihr Menschen seid und daß ihr auch

durch eure getrübten Augen in den weiten Raum blicken und wissen müßt, daß hier alles nur eine gewisse Zeit währt, aber daß Gott ewig ist. Sehr gut, nicht wahr, meine Herren? Ich sollte Tag und Nacht für euch beten, daß der barmherzige Gott, ihr blöden Kerls, seine Seele in eure kalten Herzen ergießt und mit seiner heiligen Gnade eure Sünden abwäscht, damit ihr auf Ewigkeiten sein seid und damit er euch, ihr Lumpen, immer liebt. Da irrt ihr euch aber. Ich werde euch nicht ins Paradies einführen - "Der Feldkurat rülpste. "Nein und nein", wiederholte er hartnäckig, "nichts werde ich für euch tun, fällt mir gar nicht ein, weil ihr unverbesserliche Lumpen seid. Auf euren Wegen wird euch nicht die Güte Gottes führen, der Odem Gottes wird euch nicht umwehn, weil es dem lieben Gott gar nicht einfällt, sich mit solchen Halunken abzugeben. Hört ihr es, ihr dort unten in den Unterhosen?"

Die zwanzig Unterhosen blickten hinauf und sagten wie mit einer Stimme:

"Wir melden gehorsamst, daß wir hören."

"Es genügt nicht nur zu hören", setzte Feldkurat seine Predigt fort, "die dunkle Wolke des Lebens, in der euch Gottes Lächeln nicht von Kummer befreit, ihr Blödiane, denn die Güte Gottes hat auch ihre Grenzen, und du Maulesel dort hinten verkutz dich nicht, sonst laß ich dich einsperren, daß du schwarz wirst. Und ihr dort unten, glaubt nicht, daß ihr in einer Butik seid, Gott ist im höchsten Maß barmherzig, aber nur für anständige Menschen und nicht für den Auswurf der menschlichen Gesellschaft, der sich nicht nach seinen Gesetzen und nicht einmal nach dem Dienstreglement richtet. Das hab ich euch sagen wollen. Beten könnt ihr nicht und ihr denkt, daß in die Kapelle gehen eine Hetz ist, daß hier irgendein Theater oder Kino ist. Und das werde ich euch aus dem Kopf schlagen, damit ihr nicht glaubt, daß ich dazu da bin, damit ich euch unterhalte und euch irgendeine Freude am Leben gebe. Ich sperr euch alle ins Einzel, das tu ich, ihr Lumpen. Ich verlier Zeit mit euch und seh, daß das alles rein umsonst ist. Wenn selbst der Feldmarschall und der Erzbischof hier wären, würdet ihr euch nicht bessern und Gott zuwenden. Und doch werdet ihr euch einmal an mich erinnern, daß ich's gut mit euch gemeint hab."